Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 6 M. Durch die Post monatl. 6 M. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045, Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 60 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 200 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krod

Einzelpreis 30 Pf. | **Halle, Montag, den 26. September.** | **1. Jahrgang · Nr. 225**

Kahr hat über Wirth gesiegt!

Sie haben sich endlich gefunden! Wirth und der neue Kahr, Graf Lerchenfeld. Die Verhandlungen in Berlin zwischen Bayern und dem Reiche haben zu einem Abschluß geführt, der einen vollkommenen Sieg Orgesch-Bayerns bedeutet. Die deutsche Arbeiterschaft wird die Folgen des bayrischen Sieges bald zu spüren bekommen. Die Koalition Stresemann-Scheidemann ist berufen, den Kahr-Kurs in ganz Deutschland durchzuführen. Ueber die Grundlage, auf der die Einigung zustande kam, berichtet das „Berliner Tageblatt", in dem es gleichzeitig betont, daß diese Einigung nur

durch das große Entgegenkommen der Reichsregierung

möglich war: Der § 1 der Verordnung wird dahin geändert, daß es an Stelle der Worte „Zum Schutze der Vertreter der demokratisch-republikanischen Staatsform" künftig heißt: „Zum Schutze der Vertreter des öffentlichen Lebens." Es ist ganz klar, daß mit dieser scheinbar unwesentlichen Aenderung die anfänglich gegen rechts gerichtete Spitze abgebrochen worden ist. Man spitzt sie nun gegen links. Was die Frage der Zeitungsverbote anbetrifft, so wird den Ländern (sprich: Orgesch-Bayern) eine weitere Polizeihoheit als bisher in dieser Beziehung gelassen. Früher hatte die Landesregierung ein vom Reichsminister des Innern ausgesprochenes Verbot unbedingt durchzuführen. Das ist jetzt nicht mehr nötig. Die Reichsregierung hat also über das Erscheinen von Hetzblättern nach der Art des „Miesbacher Anzeigers" nichts mehr zu sagen. Auch in der Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern ist die Reichsregierung auf der ganzen Linie zurückgewichen. Der Ausnahmezustand gegen die bayrische Arbeiterschaft bleibt bestehen und zwar **mit der unsinnigen Begründung, daß eine Putschgefahr von links vorliege.** Das sagt man in demselben Augenblick, wo die Orgeschleute in München die wüsteste Agitation zur Inszenierung eines neuen Kapp-Putsches enfalten. Man einigte sich dahin, daß die Reichsregierung dem Grafen Lerchenfeld eine kurze Frist zur Konsolidierung der innerbayrischen Verhältnisse zugestand, nach deren Ablauf der Ausnahmezustand in Bayern von der bayrischen Regierung selbst beseitigt werden soll. (Worauf man lange warten kann.)

Um wenigstens etwas als Gegengabe zu bieten, erklärten die bayrischen Vertreter ihrerseits, daß das Verbot der unabhängig-sozialistischen Münchner Morgenpost" aufgehoben werden würde.

Es zeigt sich also, daß Graf Lerchenfeld die Politik seines Vorgängers von Kahr zu wunderbarem Ende geführt hat.

Genosse Scholem verhaftet.

Berlin, 24. September.

(WTB.) **Der frühere verantwortliche Redakteur der kommunistischen „Roten Fahne", Landtagsabgeordneter Werner Scholem, ist von Beamten der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums im Wartesaal des Anhalter Bahnhofs festgenommen und dem Polizeigefängnis zugeführt worden. Vom Amtsgericht Berlin-Mitte war am 4. Juni 1921 Haftbefehl wegen dringenden Verdachts des Hochverrats erlassen, nachdem der Preußische Landtag am 2. Juni 1921 die strafrechtliche Verfolgung des Abgeordneten Scholem genehmigt hatte.**

Genosse Scholem ist nun doch in die Hände der Polizei gefallen. Genosse Scholem war seit der Zeit der Aufhebung der Immunität im Auftrage der Partei außerhalb von Berlin tätig. Die Polizeibehörden, die alle Kappisten frei herumlaufen lassen und die Meuchelmörder von den Arbeiterführern nicht zu finden wissen, hatten einen Riesenapparat aufgeboten, um Genossen Scholem zu verhaften. Mit den widerlichen Spitzelmethoden wurden selbst die nahen Angehörigen unseres Genossen Scholem belästigt, um Scholem eine Falle zu stellen oder eine Mitteilung über seinen Aufenthalt zu erzwingen.

Durch die Verhandlung vor dem Untersuchungsausschuß ist bereits einwandfrei festgestellt, daß die Märzaktion die notwendige Folge der sogenannten Polizeiaktion Hörsings war. Der Prozeß gegen den Genossen Scholem wird Gelegenheit geben, auch von gerichtlicher Stelle aus diesen Beweis zu erbringen. Der Prozeß wird zugleich die Frivolität der preußischen Landtagsmehrheit entlarven, die auf den Wink eines Staatsanwalts hin Genossen Scholem sofort der Immunität beraubte.

Wir fordern auf jeden Fall die sofortige Haftentlassung Scholems wie aller anderen gefangenen revolutionären Arbeiter!

Zum Görlitzer Parteitag.

Während die Führer der USPD. um Hilferding herum sich ängstlich bemühen, keine klare Stellung zu den Beschlüssen des Görlitzer Parteitages einzunehmen, richtet ein großer Teil der unabhängigen Provinzpresse die schärfsten Angriffe gegen die SPD. Die „Magdeburger Volkszeitung" schreibt:

„In Görlitz sind die Rechtssozialisten von den Arbeitern und Angestellten abgerückt, — und haben ihren Pakt mit den Großkapitalisten und mit dem reaktionären Bürgertum geschlossen."

Die Chemnitzer „Volksstimme" stellt fest, „daß die Entwicklung des letzten Jahres in der Partei dahinging, daß in der Parteipresse fast restlos in den Arbeitermassen einstimmig dieser Gedanke verworfen wurde." Sie schreibt, daß „das wüste Kesseltreiben" gegen den Reichskanzler Wirth das Echo von Görlitz sei.

„So ist das Echo des Görlitzer Beschlusses, wie zu erwarten war, in den Kreisen, die es angeht, nicht allzu erfreulich."

Das sozialdemokratische Bremer „Volksblatt" polemisiert gegen die Kritik der USP. Der Artikel Karl Kautsky's in der „Freiheit" habe anerkannt, **„daß die bisherige Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Partei berechtigt sei"** und es setzt fort:

„Im übrigen sei aber darauf hingewiesen, daß selbst **einflußreiche Führer der USP. von dieser Taktik, die der Parteivorstand einschlagen wollte, unterrichtet waren und sich mit dieser Taktik voll und ganz einverstanden erklärten."**

Zur Oppauer Explosion

wird der „Roten Fahne" von einem Arbeiter aus der Badischen Anilin- und Sodafabrik geschrieben:

Wer trägt die Schuld an dem Unglück?

Die Direktion gibt bekannt, daß die Explosion in dem Silo, wo 80 000 Zentner Ammonsulfatsalpeter lagerten, entstanden sei. Inwieweit das der Fall ist, kann wohl niemand nachprüfen, weil die meisten Zeugen tot, und das Werk selbst ein Trümmerhaufen ist. Die Arbeiterschaft ist anderer Meinung wie die Direktion. Wir wissen, daß durch das im Herbst eingeführte Akkordsystem und der damit verbundenen Antreibung und Ausbeutung der Arbeiter nicht mehr die reelle Arbeit geliefert werden konnte wie früher. Es gab bald mehr Antreiber wie Arbeiter. Die Arbeiter sahen kommen, was gekommen ist.

Die Redensart der Arbeiter war:

Wenn bei dieser, durch die gewissenlose Antreibung gelieferten Pfuscharbeit nicht eines schönen Tages ganz Oppau in die Luft fliegt, soll's uns wundern.

Der Raubbau an den Arbeitern war der Anfang, die Riesenkatastrophe das Ende. Die Unruhe unter den Arbeitern war vor einem Jahr, infolge einer Explosion, die Opfer forderte, so groß, daß sie verlangten, die Versuche, das Verfahren bis auf 1000 Atmosphären zu bringen, außerhalb des Werkes zu machen. Das geschah nicht. Die Versuche gingen weiter, das Unglück ist heute da. Die Forderung, jeden Arbeiter zu versichern, fand kein Gehör, da angeblich sich keine **Versicherung dazu bereiterklärte.** Heute sind Tausende von Frauen und Waisen ihres Ernährers beraubt, und gehen bei der „anerkannten Wohltätigkeit des Bürgertums" einem Leben voll Jammer und Elend entgegen.

*

Mannheim, 25. September. Gegenüber den in Oppau aufgetretenen Gerüchten, wonach sich unter den Trümmern noch Lebende befänden, wurde durch die Feuerwehr festgestellt, daß im Dorfe Oppau sich keineswegs Ueberlebende unter den Trümmern befinden. Eine solche Möglichkeit für die Fabrikanlagen wird von der Leitung der Fabrik aufs bestimmteste in Abrede gestellt. Die Zahl der noch nicht erkannten Leichen beträgt auch heute noch 75. Die Zahl der seitens Angehöriger als vermißt gemeldeten Personen ist von 69 auf 90 gestiegen.

*

Mannheim, 25. September. Unter Beteiligung großer Bevölkerungsmassen, etwa 70 000 Menschen aus Ludwigshafen, Mannheim und der Pfalz wurde heute auf dem Ludwigshafner Friedhof die Trauerfeier für die Opfer der Oppauer Katastrophe gehalten.

Zwanzigtausend Thüringer Metallarbeiter im Streik.

Seit Sonnabend stehen die Metallarbeiter Thüringens im Streik. Nachdem der Verband Thüringer Metall-Industrieller jede weitere Verhandlung glatt abgelehnt hat, wurde die Arbeiterschaft gezwungen, den Weg des Kampfes zu beschreiten. Es streiken die Metallarbeiter in Apolda, Arnstadt, Eisenach, Erfurt, Gotha, Greiz, Mühlhausen, Nordhausen, Saalfeld, Salzungen, Suhl, Schmalkalden, Weimar, Zeulenroda.

Zur Tat!

Von Willy Münzenberg,
Sekretär des Auslandskomitees.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes wendet sich in einem neuen Aufruf mit dem Appell an die Arbeiterschaft aller Länder, mit selbstlosem Opfersinn die proletarische Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland und vor allem die vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingeleiteten Sammlungen zu unterstützen.

Mit Recht weist der Aufruf an erster Stelle auf die Gefahr hin, die darin besteht, daß die Hilfe für das hungernde russische und georgische Volk in dem von der Mißernte betroffenen Gebieten von den Feinden der russischen Revolution in Rußland selbst wie in Westeuropa zu Machenschaften benutzt wird, um die Sowjetregierung zu stürzen. Eine Gefahr, die von Tag zu Tag durch die Kriegshetze und Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Regierungen, vor allem die Frankreichs und seiner polnischen und rumänischen Vasallenstaaten, größer wird.

Die Folgen eines Sturzes der Sowjetregierung aber wären, das anerkennt heute auch der Internationale Gewerkschaftsbund, für die gesamte Arbeiterklasse der Erde von unabsehbaren, verhängnisvollen Folgen.

Mit Recht weist der Internationale Gewerkschaftsbund in seinem Aufruf dahin hin, daß die Reaktion, die in Deutschland, zumal Bayern, sich täglich dreister gebärdet und in Spanien, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien die Arbeiterschaft blutig vergewaltigt, rasch triumphieren würde, wenn es den offenen und heimlichen Feinden der russischen Revolution gelänge, die russische Regierung zu stürzen und eine konterrevolutionäre Regierung unter dem Schutze des westeuropäischen Kapitals an ihre Stelle zu setzen. Der Kampf gegen den Hunger in Rußland bedeutet den Kampf gegen die westliche Reaktion; jedes Getreideschiff nach Rußland ist heute ein Schlachtschiff gegen die internationale Reaktion.

Wir freuen uns, daß heute auch der Internationale Gewerkschaftsbund die notwendige Verbreiterung der Hilfsaktion einsieht und die Gewerkschaften auffordert, alles aufzubieten, um die Machenschaften, die auf einen Sturz der Sowjetregierung ausgehen, zu verhindern. Wir freuen uns, daß der Internationale Gewerkschaftsbund anerkennt, daß rasch ohne Nebenabsichten geholfen werden muß. Es ist aber notwendig, daß das Bureau des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes, wenn sein leidenschaftlicher Aufruf, seine Beteuerung zu bedingungsloser rascher Hilfe mehr als Worte sein sollen, die Konsequenzen seiner Stellungnahme im Kampfe gegen die Reaktion und in der Hilfe für das russische Volk zieht.

Um die Hilfsaktion für Rußland zu der machtvollen Kundgebung des ganzen Proletariats werden zu lassen, ist es notwendig, daß der Gewerkschaftsbund bei allen Organisationen und Parteien durchsetzt, daß seine Aufrufe und Manifeste auch tatsächlich erscheinen, den breiten Massen wirklich bekannt werden; ist es weiter notwendig, daß er die gleichen Organisationen und Parteien veranlaßt, wirklich gemäß diesen Aufrufen zu schreiben und zu handeln und nicht auf der dritten Seite ihrer Zeitungen durch eine ausgesprochen antirussische Propaganda das totzuschlagen, was auf der ersten Seite in Form des Aufrufes des Internationalen Gewerkschaftsbundes steht.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat sich wiederholt mit Hinweis auf seine 20 Millionen Mitglieder als die mächtigste und stärkste internationale Arbeiterorganisation bezeichnet. Er benutze jetzt seinen Einfluß, um alle Parteien und Organisationen, die sich seiner Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland angeschlossen haben, zu der von ihm erstrebten „machtvollen Kundgebung des ganzen Proletariats" zu gewinnen und zur Einhaltung der von ihm eingeschlagenen Linie zu verpflichten.

Das ist bis heute nicht geschehen. Das ist aber die erste Voraussetzung zur praktischen und lebendigen Durchführung der vom Gewerkschaftsbund aufgerufenen Aktion. Aber noch etwas anderes muß der Internationale Gewerkschaftsbund aus dem Verlauf der proletarischen Hilfsaktion für Rußland lernen. Nämlich, daß er tatsächlich trotz seiner Größe und Stärke doch nicht alle Schichten, die für die Aktion gewonnen werden müssen und können, erfassen kann. In Deutschland haben selbst Bezirke der Unabhängigen Partei (deren Zentralorgan wiederholt die Auffassung vertrat, die Aktion des Gewerkschaftsbundes genüge), besondere Komitees gegründet, um eben breitere Massen zu erfassen. So veröffentlicht die „Freiheit", das Königsberger Organ der USP., einen Aufruf für das hungernde Rußland mit der Aufforderung: „Parteigenossen! In der Erkenntnis, daß durch den von den Gewerkschaften eingeschlagenen Weg, Mittel für das hungernde russische Proletariat aufzubringen, eine Reihe von Genossen nicht erfaßt werden können, daß es aber notwendig ist, möglichst alle zu diesen Leistungen heranzuziehen, hat die USP. beschlossen, eine Sammelstelle in der „Freiheit" zu errichten usw."

Je mehr sich die Aktion verbreitert und je deutlicher auch die allgemeinen politisch-revolutionären Aufgaben hervortreten, um so notwendiger wird die Verbreiterung auch der die Aktion führenden Organisationen. Ein Zusammenschluß aller bestehenden internationalen Organisationen ist heute, nach dem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes, eine unumgängliche Notwendigkeit und die einzige logische und mögliche Konsequenz der dort vertretenen Auffassung. Um den Kampf gegen die Reaktion und für die russische Hilfe wirklich mit Erfolg zu führen, müssen alle proletarischen Parteien und Organisationen restlos zusammengefaßt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210926-19/fragment/page=0001

und zu einer einheitlichen Aktion zusammengeschweißt werden, die sich in gemeinsamem Auftreten in den Parlamenten, in einer gemeinsamen Sammlung und Verwertung der Sammlungen, in Kundgebungen und je nach der Verschärfung der Lage in ernsteren Aktionen äußern kann.

In der ersten gemeinsamen Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit dem Auslandskomitee hat der Gewerkschaftsbund es abgelehnt, die Initiative zur Schaffung einer derartigen Front zu ergreifen, mit dem Hinweis, selbst stark genug zu sein, um allein die ganze Aktion durchzuführen.

Die letzten Wochen haben gezeigt, daß das trotz bestem Willen nicht möglich ist. Das erste Resultat seiner Sammlungen ist, wie angegeben wird, 9,5 Millionen Mark. Das Auslandskomitee, das die Internationale Zentralstelle des nach dem Scheitern der Einigungsversuche gebildeten Arbeiterhilfskomitees darstellt, hat trotz den bedeutend kleineren Organisationen eine weit höhere Summe zusammengebracht. Es ist klar, daß ein gemeinsames Wirken bessere Resultate in den Betrieben, gemeinschaftlicher Einkauf und Transport ebenfalls große Ersparnisse gezeitigt hätte.

Man darf wohl hoffen, daß nach der im Aufruf zum Ausdruck gekommenen Stellung der Internationale Gewerkschaftsbund doch noch seine Haltung geändert und seinen Worten und Beteuerungen zur Einheitsfront des ganzen Proletariats die Taten folgen läßt.

Der Unterstützung des Auslandskomitees und aller in ihm vereinigten Hilfsorganisationen und Parteien ist er dabei gewiß.

Die Orgesch rüstet!

Die Orgesch im Bezirk Hannover rüstet weiter. Wir erfahren darüber:

Die Eisenbahndirektion hat an die Waggonbauanstalt Leinhausen bei Hannover den Auftrag gegeben, zwanzig Panzerwagen unter dem Deckname „Schredenschutzwagen" herzustellen. Der Betriebsrat hat die Herstellung selbstverständlich abgelehnt. Das wird aber die Eisenbahndirektion nicht abhalten, dieselben wo anders zu bewerkstelligen, solange bis die Arbeiterschaft ihr dies durch eine organisierte Kontrolle der Produktion unmöglich macht.

Die Eisenbahndirektion Hannover ist überhaupt durch ihren reaktionären Bahnschutz rühmlichst bei den Orgeschleuten bekannt. Ihr Betriebsamt II hat bei der Treuhandgesellschaft in Magdeburg Waffen, d. h. Gewehre für den „Bahnschutz" bestellt, und auch über das Reichswehrzeugamt in Hannover geliefert bekommen. Die Waffen, es handelt sich um 4000 Gewehre, waren im Mai d. J. rechtzeitig angekommen und im Direktionsgebäude nur durch höhere Beamte hineingebracht und untergestellt worden. Die Waffen sind gestempelt „Bahnschutz" und liegen jetzt noch dort. Sie befinden sich unter der besonderen Obhut der Schupowache auf dem Bahnhof, die durch geheime Leitungen mit dem Orgeschwaffenlager verbunden ist. Gerade gegenüber liegt das Hotel, wo die Orgesch Hannover immer ihre Versammlungen und Besprechungen abhält.

Aber auch aus anderer Gegend hören wir merkwürdigerweise von „Umbauten" von Waggons für Militärtransporte, und zwar aus der Eisenbahnhauptwerkstätte Sebaldsbrück, wo 123 Waggons „umgebaut" werden. Dasselbe wird uns aus Bremen berichtet. In Bremen wird nebenbei immer noch für Ehrhardt und Oberschlesien geworben. Erst letztens ist wieder ein Transport von 35 Mann abgegangen.

In dem besetzten Gebiet, in der Pfalz, wird ebenfalls lebhaft von der Reaktion gearbeitet. Ueberall auf dem Land sammeln konterrevolutionäre Elemente Unterschriften zum Zweck der Aufrichtung der Monarchie. Sie begnügen sich aber nicht damit, tatsächlich arbeiten sie dort ebenso wie im ganzen Deutschland an der Aufrichtung und Ausrüstung von weißen Formationen.

Daß die Einwohnerwehr trotz ihrer „Auflösung" munter weiter besteht, zeigt folgende Einladung:

Einladung.

Heute abend, 8. August, Punkt 8 Uhr in der Restauration bei Pirner, Neue Gasse, Zusammenkunft mit dem Nachbarschutz.

fr. E. W. Nürnberg. J. A.: Rudolf Roehler.

Desgleichen konnten unsere Genossen positiv feststellen, daß auch die Einwohnerwehr in Volkersdorf bei Ansbach keineswegs aufgelöst ist, Alle Mitglieder sind nach wie vor voll und ganz bewaffnet.

In Bayern wurde die Technische Nothilfe durch die Aenderung des Namens in „Notbann" der Aufsicht des Reichsministeriums des Innern entzogen, um aus ihr eine neue Abteilung der Orgesch machen zu können. In Ansbach (Mittelfranken) ist die gesamte Technische Nothilfe bewaffnet. Und wie es hier ist, so ist es in ganz Bayern. Die Mitglieder haben die Waffen nicht in den Händen, sie befinden sich in großen Waffenlagern.

Aber auch in Berlin bereitet die Orgesch den Bürgerkrieg vor. In den Opelwerken in der Nähe des Ringbahnhofes Tempelhof werden leichte Tanks für Straßenkämpfe hergestellt. Der Direktor de la Croise, Courbièrestraße 14, hat den Arbeitern vorgeschwindelt, daß es sich um Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen, Traktoren, handelt. Schon zur Zeit des Aufstandes in Oberschlesien, im Juni gingen in der Fabrik merkwürdige Dinge vor sich. Alte Heereslastautos, Rote Kreuzautos usw. wurden zu Hunderten angefahren, repariert, neu angestrichen und verschwanden dann wieder.

Alle diese Zeichen deuten auf Bürgerkrieg!

*

Von zuverlässiger Seite erfahren wir, daß auf dem Landratsamt Naugard i. Pomm. als Orgeschreserve 100 Gewehre, drei leichte M.G. und zwei schwere Maschinengewehre lagern. Ferner ist von den 56 Kriegervereinen im Kreise Naugard jeder Verein mit zehn Gewehren ausgerüstet. In demselben Kreise sind einige hundert Ballikumer auf verschiedenen Gütern untergebracht. Die Fäden der dortigen Orgesch laufen in der Stadt Naugard bei dem Vorstand des Deutschen Offizierbundes, Oberleutnant Lange, zusammen.

Pommern und Bayern, das sind die Hochburgen der bewaffneten Monarchisten, die sich über den „Schutz der Verfassung" auf dem Papier, über die leeren Drohungen der SPD. und USP. ins Fäustchen lachen.

Kein Eberterlaß, kein parlamentarischer Kuhhandel, nur das kämpfende Proletariat kann hier reinen Tisch machen!

Die Waffenlager der Gegenrevolution.

Im Kreise Soest sind, wie der „Vorwärts" mitteilt, große geheime Waffenlager bei dem Landwirt Karl Bakemüller in Lohne entdeckt worden. Schon seit längerer Zeit, sind dort ganze Fässer und Möbelwagen voll Waffen verschoben worden. Bemerkenswert bei diesem nicht mehr seltenen Falle ist es, daß nicht nur die Vertrauensmänner der Orgesch sowie der sogenannte Schutz- und Trutzbund, sondern auch Schutzpolizei als Mitwissende festgestellt wurden.

Die antirepublikanische Justiz.

Der Haß der deutschen Staatsanwälte und Richter gegen die Republik nimmt immer tollere Formen an. Jetzt hat sich in Dresden ein Staatsanwalt gefunden, der gegen den Unabhängigen sächsischen Kultusminister Fleißner ein Strafverfahren eingeleitet hat, weil er zur Anwendung von Gewalt aufgefordert habe, um den bürgerlichen Staat zu zertrümmern. Fleißner hat sich gewiß vorsichtiger ausgedrückt, als der Spitzel dem Staatsanwalt berichtete. Und die sächsische Regierung hat wahrlich noch keinen Versuch gemacht, das bürgerliche Staatswesen zu revolutionieren oder zu zertrümmern. Fleißner wird ein wenig über das Thema „Gewalt gegen Gewalt" theoretisiert haben, aber das genügt einem als Staatsanwalt fungierenden Feinde der Republik bereits, um zu zeigen, wer heute Herr im Hause ist. So rächt sich der Mangel an Energie bei einer Regierung, die heute die Gefangene ihrer monarchistischen Beamtenschaft ist. Außer dem Hohn, werden die bürgerlichen Gerichte nun auch noch die Strafmittel gegen Republikaner anwenden. Die Staatsanwälte, die gegen Kappisten, monarchistische Hochverräter, bewaffnete Orgeschbanden usw. unter Amtsmißbrauch keinen Finger rühren, stürzen sich mit Wonne auf die Verfolgung von Republikanern. Weil dies aber im allgemeinen bisher diesen Sport gegen kommunistische Arbeiter ausübten, wurden sie von der windelweichen Regierung bisher nicht davongejagt, sondern noch unterstützt. Jetzt gehen die Richter aber auch gegen den unabhängigen Minister Oerter in Braunschweig vor, weil er von der Justiz unserer Tage gesagt hat, sie sei nicht Gerechtigkeitspflege, sondern eine Dirne des Kapitalismus. Schließlich wird das Reichsgericht noch die Absetzung aller sozialdemokratischen Beamten und ihre Bestrafung verfügen. Hat es doch schon einmal ein Einschreiten gegen Ebert und die anderen ausgesprochenermaßen nur deshalb unterlassen, weil der Amnestieerlaß der Volksbeauftragten im Wege stand. Aber im übrigen fühlt sich die Justiz heute mehr denn je als Vollstreckerin der Gegenrevolution, die die Republikaner von oben bis unten und von unten bis oben an den Galgen liefert. Wenn auch die Republik mit sich spotten läßt, das Proletariat wird diesem frechen Spiel der Reaktionäre in geschlossener Front ein schnelles, wenn auch für manchen nicht gerade schmerzloses Ende bereiten.

Die antinationale Berliner „Deutsche Zeitung" war am Freitag auf drei Tage verboten worden, durfte aber am Abend bereits wieder erscheinen. So schnell geht es nur, wenn die Regierung statt eines kommunistischen Blattes versehentlich auch einmal eine rechtsstehende Zeitung verbietet.

Der Bremer Senat verbietet die Rußlandhilfe!

Noske schweigt!

Am 20. September erhielt das Bremer Komitee Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland folgendes Schreiben:

Die Polizeikommission des Senats.

Bremen, 16. September 1921.

An das
Komitee Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland.
Geeren 28.

Hierdurch wird mitgeteilt, daß Ihr Antrag vom 26. August 1921 betreffs Genehmigung einer Sammlung von Geldern, Lebensmitteln und Bekleidungsstücken zum Besten der Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland abgelehnt ist.

(Unterschrift.)

Aehnlich verhalten sich natürlich alle Behörden der freiesten Republik der Welt, in welcher Sozialdemokraten Minister sind. Im Kreise Syke haben einige Arbeiter ebenfalls ein neutrales Komitee gegründet und wandten sich an den Gemeindevorsteher. Dieser erklärte, daß er die Genehmigung zu Sammlungen nicht erteilen könne, sondern dies betreffende Komitee möchte sich an den Landrat wenden. Beim Landrat ward ihm dasselbe Schicksal. Er erklärte, daß er dazu nicht die Macht habe, das Komitee solle sich an den Oberpräsidenten Noske wenden. Am Dienstag, 31. August, wandte sich das Komitee nun an den Oberpräsidenten, ohne bis jetzt eine Antwort zu erhalten.

Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter, die ebenfalls den hungernden Arbeitern und Bauern Rußlands helfen wollen, zu diesem neuen Schandstück ihrer Parteigenossen?

Hilfe für Sowjet-Rußland.

Münchner Freidenker veranstalteten eine öffentliche Versammlung und knüpften daran eine Sammlung für Sowjet-Rußland, deren Ergebnis im Betrage von 750 Mk. sie dem Arbeiterkomitee überwiesen haben.

SPD., USPD. und KPD.-Genossen veranstalteten in Bernsbach eine gemeinsame Sammlung, die 984 Mark einbrachte.

Bergarbeiter für Sowjet-Rußland. Die Belegschaft der Schachtanlage „Rhein I", Wehhofen, Niederrhein, hat zugunsten der Hungernden Sowjet-Rußlands 5865 Mark gesammelt.

Bärengrund bei Dittersbach. Am 15. d. M. wurde von unseren Genossen auf Grube „Bahnschacht" und „Idaschacht" eine Sammlung für Sowjet-Rußland in die Wege geleitet. Wir können erfreulicherweise berichten, daß das Solidaritätsgefühl für unsere russischen Brüder durch die Höhe dieser Sammlung zum Ausdruck gebracht wurde. Auf dem „Bahnschacht" wurden 1100 Mk. und auf dem „Idaschacht" 425 Mk. gesammelt.

Bauarbeiter. Die Bauarbeiter Pasewalks, die vor einigen Tagen den einmütigen Beschluß gefaßt haben, einen Tagesverdienst für die Rußlandhilfe abzuführen, haben neuerdings zu dem gleichen Zweck 600 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt.

Auch München im Dienste der Hilfsaktion. Aus München wird uns berichtet, daß auf Antrag der kommunistischen Stadtfraktion der Stadtrat die Ueberlassung eines Schulkolokales zur Einrichtung einer Nähstube und Sammelstelle für das Komitee Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland bewilligt hat.

Von der Gemeinde Vogelsdorf an der Ostbahn wurden uns für die Rußlandhilfe 150 Mk. überwiesen.

Die Gemeinee Klein-Schönebeck überwies uns zugunsten des Hungernden Rußlands 800 Mk.

Komitee Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußlnd.

Vorspanndienste.

Ein Amerikaner — Vanderlip — kommt nach Berlin und erzählt den Arbeiterführern der sozialdemokratischen Parteien aller Länder, daß das Großkapital ungeheure Angst vor dem Bolschewismus, den Arbeitern überhaupt hätte, daß vor allem aber die Krise des Kapitals lebensgefährlich wäre. Da stehen nun die Menschewisten da mit ihrem Dogma von der vorübergehenden Krisis des Kapitals, an deren Ungefährlichkeit das Kapital selbst nicht glaubt. Dabei ist für den Amerikaner Vanderlip die Lage Mitteleuropas nicht einmal diskutierbar. Er hat sich sein hoffnungsloses Urteil über Europas Lage nach Beobachtungen in den westlichen Ententeländern gebildet. Die scheinen ihm schon aufs äußerste gefährdet. Der Kapitalismus kann seiner Ansicht nach nur gerettet werden durch das Eingreifen Amerikas. Amerika soll pumpen. Dann wird das europäische Kapital leben. Und die Arbeiter sollen Zugeständnisse erhalten. Vanderlip ist schlau genug, den Stoß der Arbeiter nicht zu parieren, er will ihn vielmehr geschickt ablenken, er ist ein vollendeter „Demokrat", ein napoleonischer Rathenau, ein raffinierter Stinnes, er verzichtet auf die nationalen Redensarten, er stellt sich ganz human ein und mimt den Biedermann, er rät dringend, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen! (Mindestlohn, Arbeitszeit, Arbeitslosenversicherung usw.) Also Reformen, Almosen. Dafür will Vanderlipp die Vorherrschaft Amerikas. Amerika muß Europa helfen, damit Europa nicht vom Bolschewismus überflutet wird. Und Europa kann nur durch den Dollar gerettet werden; das bedeutet aber nichts anderes als die Kolonisierung Europas durch Amerika. Die Kolonisten, die einst Europa verlassen mußten kehren als die Herren Europas zurück. Und die Leute, die heute in Dollars frohlocken, sind die ersten Vasallen Amerikas. Amerika will auch nicht, daß eine Annäherung zwischen Rußland und Deutschland zustande kommt. Ebenso wie die sozialdemokratischen Parteien hinter ihren Regierungen im Weltkrieg standen, sollen sie auch jetzt wieder dem Kapital Vorspanndienste leisten. Der Parteitag in Görlitz hat sein Siegel darunter gedrückt.

Mandatsgemeinschaft der SPD. mit der USPD.

Im Hannoverschen Bürgervorsteherkollegium hat die SPD.-Fraktion mit der USPD.-Fraktion eine Mandatsgemeinschaft gebildet. Dies wird gerade jetzt bekannt, wo in Görlitz die Sozialdemokraten die Koalition mit der Deutschen Volkspartei beschlossen haben.

Arbeiter, bleibt hübsch bescheiden!

Der amerikanische Finanzmann John Moody soll nach einer Meldung der „Chicago Tribune" als Ergebnis einer Europareise folgendes erklärt haben:

„Die künstliche Blüte Deutschlands beruht auf seiner Geldinflation und führt das Land geraden Wegs zu einer Katastrophe. Die Preise und Löhne werden in Deutschland bald ein derartiges Niveau erreichen, daß es mit den anderen Ländern nicht mehr wird konkurrieren können. Dann wird der Zusammenbruch eintreten."

Wenn das Wolffsche Telegraphenbureau diese Aeußerung des Amerikaners mit seiner Warnung vor einer Katastrophe verbreitet, so tut es das zu einem durchsichtigen Zweck. Die Arbeiter sollen in Schrecken versetzt werden, ihnen soll gesagt werden, daß nur ihre Lohnforderungen schuld seien an dem unvermeidlich kommenden Zusammenbruch. Darum sollen sie in Zukunft hübsch zufrieden und genügsam sein. Denn nur dann kann die Industrie exportieren und der Unternehmer Profit machen.

Bei der SPD. hat diese Politik des angeblich gemeinschaftlichen Interesses zwischen Unternehmertum und Proletariat den ersten sichtbaren Erfolg gehabt: in Görlitz hat die SPD. sich mit Stinnes verschwistert. Und Stinnes wird als erstes Pfand der neuen Brüderschaft den Verzicht der SPD. und Gewerkschaftsbureaukraten auf weitere Lohnerhöhungen fordern — im Interesse selbstverständlich des bedrohten Vaterlandes.

So werden alle Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in Deutschland mit Hilfe der SPD.-Bureaukratie abgewälzt auf die Massen der Arbeiterschaft.

Die Verluste des Weltkrieges.

Das Militärwochenblatt bringt in seiner Ausgabe die Zahl der deutschen Verwundungen im Weltkrieg nach den Feststellungen vom August 1921. Hierbei sind alle Verwundungen, auch die mehrfachen, aufgeführt. Ehe sich die Zahl der einzelnen Verwundeten feststellen lassen wird, dürfte noch geraume Zeit vergehen. Durch Hinzurechnung der deutschen Toten im Weltkrieg, die auf Grund der amtlichen Statistik im Beiheft des Militärwochenblattes „Vom Sterben des deutschen Offizierkorps" (herausgegeben von Konstantin v. Altrock, Generalleutnant a. D.) nachgewiesen werden, ergibt sich die Zahl der deutschen Gesamtverluste.

Verwundungen insgesamt:

Offiziere, Fähnriche und Fahnenjunker	96 207
Sanitätsoffiziere und Unterärzte	2 200
Veterinäroffiziere und Unterveterinäre	158
Unteroffiziere und Mannschaften	4 148 075
Beamte	608
Gesamtzahl der Verwundungen	4 247 143

Tote (ohne 14 000 Farbige):

Offiziere, Fähnriche und Fahnenjunker	58 323
Sanitätsoffiziere und Unterärzte	1 675
Veterinäroffiziere und Unterveterinäre	188
Unteroffiziere und Mannschaften	1 751 809
Beamte	1 555
Gesamtzahl der Toten	1 808 545

Gesamtverlust:

Offiziere, Fähnriche und Fahnenjunker	149 530
Sanitätsoffiziere und Unterärzte	3 875
Veterinäroffiziere und Unterveterinäre	341
Unteroffiziere und Mannschaften	5 899 884
Beamte	2 508
Gesamtverlust	6 055 688

Zu diesen ungeheuerlichen Ziffern muß noch hinzugefügt werden die große Zahl der Kriegskrüppel, der Witwen und Waisen, die, vom „Dank des Vaterlandes" verlassen, dahinvegetieren, die Schädigung der Volksgesundheit, die noch Generationen hindurch ihre Auswirkungen zeigen wird, die moralische Degeneration des gesamten Volkskörpers, hauptsächlich der oberen Schichten, und die vollständige Zerrüttung des gesamten Wirtschaftslebens, die das ganze Volk mit dem Untergang bedroht.

„Nie wieder einen kapitalistischen Krieg!" muß die Losung des klassenbewußten Proletariats beim Ueberdenken dieses Ergebnisses des Weltkrieges sein. Einer drohenden Kriegsgefahr müssen die Arbeiter die drohende Revolutionsgefahr gegenüberstellen. Wenn die Arbeiter wieder in einen Krieg ziehen, so wird das nur der heilige Krieg der Ausgebeuteten gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter sein.

Auslands-Uebersicht.

Der Aufmarsch der kleinen Entente gegen Sowjet-Rußland.

Der tschechoslowakischen Presse entnehmen wir einige sehr auffällige Tatsachen: In Mährisch-Ostrau ist ein rumänischer General nebst Stab und 200 rumänischen Soldaten eingetroffen. Auf die Frage, was die bewaffneten rumänischen Soldaten in der Tschechoslowakei zu suchen haben, erhält man die offizielle Antwort, daß die rumänische Regierung dort Pferde eingekauft habe und die Soldaten sollten die Pferde nach Rumänien bringen. Was aber Soldaten in voller Kriegsausrüstung bei einem Pferdekauf tun sollen, ist nicht recht klar. Dazu kommt noch ein weiteres: Die kommunistische Presse der Tschechoslowakei hat schon häufig das Proletariat aufgefordert, eine neue Intervention der kapitalistischen Regierungen in Sowjet-Ruland nicht zu dulden. Niemals hatte bisher die Zensurbehörde an solchen Aeußerungen Anstoß genommen. Diesmal ist aber der Aufruf der Exekutive der Kommunistischen Internationale, der sich gegen die drohende neue Intervention in Rußland wendet, von der tschechoslowakischen Zensur verboten worden. Das läßt den Schluß zu, daß die herrschende Klasse der Tschechoslowakei an dem Komplott beteiligt ist. Die tschechoslowakische Regierung ist offenbar bereit, den kommenden polnisch-rumänischen Angriff gegen Sowjet-Rußland zu unterstützen. Die Anwesenheit rumänischer Truppen auf tschechoslowakischem Boden wäre dann leicht erklärlich.

Die Gefahr ist dringend! Die große wie die kleine Entente stehen sprungbereit, um sich auf die russische Arbeiter- und Bauernrepublik zu stürzen. Das Proletariat muß diesen Plänen ein Halt gebieten!

Der Vorstoß der englischen Regierung gegen Sowjet-Rußland.

Die überraschende Note, in der die englische Regierung einen Konflikt mit Sowjet-Rußland zu provozieren sucht, ist wie der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald" hervorhebt — eine spezielle Leistung des Lord Curzon, des englischen Ministers des Auswärtigen. Lord Curzon ist schon immer ein Gegner des englisch-russischen Handelsabkommens gewesen. Schon seit längerer Zeit hat er offen die Absicht ausgesprochen, dieses Handelsabkommen zu beseitigen. Lord Curzon hat für seinen Schritt den jetzigen Augenblick gewählt, in dem Lord George selbst durch die irischen und Arbeiterfragen ganz in Anspruch genommen ist. So hatte Curzon freie Hand. Seine Note wirft der Sowjetregierung vor, daß sie mit indischen Revolutionären Verbindungen unterhalte, sowie in der Türkei und Persien und vor allem in Afghanistan gegen die englischen Interessen arbeite. Lord Curzons Schritt ist von jenen englischen Kapitalistenkreisen mit Freuden begrüßt worden, die direkt an einer Auferstehung der Monarchie in Rußland interessiert sind. Die „Times" schreibt im Zusammenhang damit: „Das bolschewistische System ist und bleibt eine ständige Verschwörung gegen die Zivilisation und seinem Wesen nach unfähig, einem zivilisierten Staat aufrichtig entgegenzukommen." Heuchlerisch meint „Daily Chronicle", daß die Masse des russischen Volkes nicht der Mitschuldige sondern nur das Opfer der treulosen bolschewistischen Politik sei. Die Pariser Kapitalistenpresse ist selbstverständlich gleichfalls über Curzons Schritt hocherfreut. Die Arbeiterklasse muß dafür sorgen, daß die Herren sich zu früh freuen; die Arbeiterschaft muß die hinterlistigen Absichten des Lord Curzon und seiner französischen, russischen und sonstigen Hintermänner durchkreuzen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210926-19/fragment/page=0002

Zu den Deutschen, die sich gern an der neuen Ententeintervention gegen Sowjet-Rußland beteiligen möchten, gehört neben dem inzwischen Brüdervaar Ludendorff—Theodor Wolff nun auch Stinnes! Einem englischen Journalisten hat Stinnes wörtlich folgendes erklärt: „Europa und die Welt können ohne vollkommene Teilnahme Rußlands nicht stabilisiert werden. Ein einziges Volk kann Rußland nicht reorganisieren; es wird der gemeinsamen Anstrengungen Deutschlands, Amerikas und Englands bedürfen. Die Deutschen sind am besten für diese Aufgabe geeignet, weil sie die Psychologie ihres russischen Nachbarn begreifen."

Die deutsche Arbeiterschaft wird dafür zu sorgen haben, daß aus den „psychologischen Studien" der Stinnesbrüder kein bitterer Ernst wird!

Sklaverei in Portugiesisch-Afrika.

Die Newyorker „Nation" berichtet:

Die Regierung von Portugal hat der Mozambique Company die uneingeschränkte Macht über 65 000 Quadratmeilen in Ostafrika eingeräumt. In einem Gebiet, das größer ist als England, das eine Bevölkerung von 300 000 Menschen hat, ist eine Gruppe Händler in der Lage, die Eingeborenen mit Erlaubnis der Regierung zur Zwangsarbeit zu verhalten. „Die Missionary Review" schreibt, daß die Gesellschaft alle Missionsarbeit verbietet und zitiert den Ausspruch eines Leiters: „Wir sind hier, weil wir eine Handelsgesellschaft sind und weil wir Profite machen wollen. Wir wollen die Eingeborenen dazu verhalten, unseren Vorsatz auszuführen. Die von uns angewandten Methoden werden von den Missionären als Sklaverei bezeichnet werden." Diese Ausbeutung beschränkt sich nicht auf dieses eine große Gebiet. Auch in Angola in Westafrika werden die Eingeborenen ausgebeutet und müssen sich der Zwangsarbeit fügen. Afrikanische Plantagenbesitzer haben ein im „Journal de Benguela" veröffentlichtes Gesetz entworfen, dessen wichtigste Punkte folgendermaßen lauten:

1. Jeder taugliche Eingeborene im Alter von 14 bis 45 Jahren, der im Gebiet von Bailundo wohnhaft ist, wird durch dieses Gesetz gezwungen, in irgendeinem industriellen, kommerziellen oder landwirtschaftlichen Betrieb zu arbeiten. Er ist verpflichtet, 90 Tage jährlich zu arbeiten.

2. Auch jeder Eingeborene, welcher die Bedingungen des vorigen Artikels erfüllt, aber unanständig gekleidet ist, die öffentliche Moral verletzt oder sich der Landstreicherei schuldig macht, kann ohne weiteres von der Behörde irgendeinem landwirtschaftlichen Betrieb überwiesen werden und hat dort 180 Tage zu dienen.

3. Jeder Eingeborene, der sich nicht willig dem Artikel Nr. 1 fügt, kann von der Behörde hierzu gezwungen werden. Er hat dann 180 Tage nachzudienen.

4. Alle Eingeborenen, welche freiwillig oder gezwungen in einem Betrieb angestellt sind und ihren Dienst und ihre Herren verlassen und ihren Kontrakt noch nicht ganz erfüllt haben, können von der Behörde oder von ihren behördlich hierzu ermächtigten Herren in Haft genommen und zu Zuchthaus verurteilt werden. Sie dürfen nur auf sechs Monate verurteilt werden, müssen auf einer anderen Plantage dienen, bekommen nur 50 Prozent ihres Lohnes. Der Rest fließt dem Schulfonds des Ortes zu.

7. Jeder Landwirt hat das Recht, für seine eigene Plantage in der Nähe wohnende Eingeborene auszuheben. Aus ihnen rekrutiert sich auch sein Dienstpersonal.

12. Jedem Farmer wird gestattet, die Zwangsarbeiter und diejenigen, welche eine Strafzeit abdienen, auf einen abgegrenzten Platz unterzubringen, wo sich die Arbeiter außer der Arbeitszeit aufzuhalten haben.

200000 Francs für die Streikenden in Nordfrankreich.

Paris, 22. September. Der hier tagende Internationale Kongreß der Textilarbeiterverbände hat zur Unterstützung der Streikenden in Nordfrankreich 200 000 Francs bewilligt.

Maclean erklärt den Hungerstreik.

London, 22. September. Der schottische Kommunistenführer Maclean, der in Glasgow verhaftet wurde, ist in den Hungerstreik getreten. Das Ersuchen, ihn gegen Kaution provisorisch auf freien Fuß zu setzen, ist zurückgewiesen worden. Den Grund zur Verhaftung Macleans bildet eine Rede, die er am 13. September in Gorbels hielt und in der er erklärte: „So lange ich ein freier Mann bin, sage ich euch: Wenn ihr euch auf gesetzlichem Wege keine Nahrung verschaffen könnt, so nehmt sie wo ihr sie findet."

Schwere Kämpfe in Indien. London, 24. September. „Daily Telegraph" meldet aus Alahabad. Flüchtlinge aus Calicut berichten über schweres Feuer in der Gegend von Nilumbur, wo 5000 Rebellen zusammengezogen sein sollen. Wahrscheinlich ist ein Kampf zwischen Truppen und Rebellen im Gange. Im Aufstandsgebiet herrscht furchtbare Hungersnot.

Große Schlacht bei Eski Schehir. Konstantinopel, 25. September. Nach Nachrichten aus kemalistischer Quelle soll in der Gegend von Eski Schehir eine große Schlacht im Gange sein.

Der Streik in Nordfrankreich. Lille, 25. September (Havas.) Das Streikkomitee soll gestern die Bauarbeiter aufgefordert haben, die Arbeit nicht aufzunehmen, wie sie beschlossen hatten. Die Buchdrucker von Tourcoing haben die ihnen angebotene Lohnverminderung abgelehnt. Auch die Kistenarbeiter von Roubaix haben wegen Verminderung des Lohns den Streik beschlossen.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung auf den Höchster Farbwerken

Fristlose Entlassung der gesamten Belegschaft.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Höchst a. M.: Gestern morgen verließen die Arbeiter der Höchster Farbwerke plötzlich ihre Arbeitsstätte, um vor dem Direktionsgebäude zu demonstrieren und die sofortige Entfernung eines Angestellten zu verlangen, der sich abfällig über die Arbeiterschaft geäußert haben soll. Gleichzeitig forderten sie eine Wirtschaftsbeihilfe von 2000 Mk. pro Mann.

Nach längeren Verhandlungen erklärte sich die Direktion bereit, den verheirateten Arbeitern eine Wirtschaftsbeihilfe von 1500 Mk. und den unverheirateten Arbeitern von 500 Mark zu gewähren. Mit diesem Resultat waren die Arbeiter jedoch nicht zufrieden. Sie drangen in das Direktionsgebäude ein und versuchten, durch eine besondere Kommission noch mehr zu erreichen, jedoch vergeblich. Diese Vorgänge haben nun auch auf Griesheim übergegriffen, so daß gestern dort Arbeiter und Angestellte der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron passive Resistenz ausübten, um die von ihnen gestellten Forderungen zu erreichen. — Die Höchster Farbwerke und die Kunstseidenfabriken in Kesterbach, bei denen sich ähnliche Vorgänge abspielten, haben heute ihre sämtlichen Arbeiter fristlos entlassen.

Lohnkämpfe im Reiche.

Gescheiterte Verhandlungen im Filmstreik. Die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern der Berliner Filmindustrie, die im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind ergebnislos abgebrochen worden, da die Unternehmer über ihr Angebot hinaus keine Zugeständnisse in der Lohnfrage machen wollten.

Streik bei Schwarzkopff. Die Akkordarbeiter der großen Maschinenfabrik Schwarzkopff (Wilhau) stehen wegen Lohndifferenzen im Streik. Maschinisten und Heizer haben sich solidarisch erklärt.

Rechtssozialisten gegen den Achtstundentag.

Während auf dem Jenaer Metallarbeiterkongreß sich die SPD.-Führer noch in den Mantel einiger revolutionär klingender Phrasen hüllten, haben sie auf dem Parteitag in Görlitz offen den Monarchisten der Deutschen Volkspartei die Hand gereicht. Bündnis mit Stinnes und Vögler bedeutet aber zugleich Bündnis gegen die Arbeiterschaft, Einreihung in die Kampffront des Unternehmertums, das gegen das Proletariat im Vormarsch begriffen ist, nur seine Profite auf Kosten der Ausgebeuteten zu retten. Die Folgen einer solchen Schwenkung machen sich schon recht deutlich bemerkbar. Der Rechtssozialist Kalisti schreibt z. B. in dem letzten Heft der „Sozialistischen Monatshefte", daß zur Erzielung einer Steigerung der produktiven Leistungen **auch die sozialpolitischen Errungenschaften zurückgestellt werden müßten.**

Insbesondere müsste der allzu schematisch aufgefaßte Achtstundentag preisgegeben werden.

Biedermann steht nicht mehr allein. Es beginnen bereits seine übrigen Parteigenossen zu folgen. Dem Achtstundentag droht nicht nur Gefahr von seiten eines frechen herausfordernden Unternehmertums, sondern auch von seiten einer deutschen Sozialdemokratie, die vor Jahren den Kampf um den Achtstundentag als revolutionäre Forderung auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Die deutschen Arbeiter werden diese Wendung der SPD. wohl zu würdigen wissen und werden sie ebenso behandeln, wie die Stinnespartei, die auch keine anderen Angriffe auf die Arbeiter richtet, als ihnen die letzten Reste der revolutionären Errungenschaften zu rauben.

Eine Gewerkschaftsstimme für den einheitlichen Lohnkampf.

Die Geschichte ist die beste Lehrmeisterin. Sie wird auch die Freien Gewerkschaften in der gegenseitigen großen Lohnbewegung auf den einzigen Weg zwingen, der der Arbeiterschaft Erfolge bringen kann. Schon vor einiger Zeit berichteten wir über die sehr verständige Haltung, die die „Bergarbeiterzeitung" in bezug auf einheitliches Vorgehen in der Lohnfrage gezeigt hat. Trotz aller Gegenpropaganda von seiten gewisser führender Kreise im ADGB. wird nunmehr auch die „Glaserzeitung" gezwungen, eine ähnliche Haltung einzunehmen. In ihrer Nummer 39 beklagt sie sich über die Verständnislosigkeit der Unternehmer für die Notlage der Arbeiter. Sodann berichtet sie über den Ausgang der verschiedenen vereinzelt geführten Lohnbewegungen der Glaser, die überall auf einen starken Widerstand der Unternehmer stießen und den Arbeitern nur geringe oder gar keine Erfolge brachten. Und sie zieht daraus folgenden Schluß:

„Gegenüber solchem Verhalten der Herren Glasermeister erübrigt sich jedes Wort. Hier kann nur der ernste Wille und die geschlossene Einheit der Arbeiterschaft Bresche schlagen."

Obwohl die „Glaserzeitung" noch nicht völlig klar ist, welche Konsequenzen sie aus dem Versagen der isolierten Lohnbewegungen ziehen soll, zeigt sich doch in diesen Worten eine deutliche Besinnung auf die Erfordernisse der Stunde.

Gewerkschaftskongreß des ADGB.

Der 11. Kongreß der Freien Gewerkschaften Deutschlands wird in der Zeit vom 19. bis zum 24. Juni 1922 stattfinden. Tagesordnung ist noch nicht festgesetzt.

Neues aus aller Welt.

Unwetter in Spanien. (TU.) Madrid, 25. September. Das Unwetter und die Wolkenbrüche dauern in zahlreichen spanischen Provinzen an. Die unteren Stadtteile von Madrid sind überschwemmt.

Wirtschaftliche Uebersicht.

Der Hungertod der Arbeiter und Beamten.

W. E. Die fortgesetzte Entwertung der deutschen Mark im Auslande läßt die Preise für alle lebensnotwendigen Bedarfsartikel immer mehr anschwellen. Welchen Grad der Steigerung gegen die Vorkriegszeit die Teuerung schon erreicht hat, mag nachstehende Tabelle der notwendigsten Lebensmittel zeigen:

Kleinhandelspreise:	Herbst 1914	Herbst 1921	
Brot, rationiert. 6 Pfd.	0,75 Mk.	11,20 Mk.	14 14/15 fache
Brot, frei, 2 Pfd.	0,25 „	5,30 „	21 1/5 „
Weizenmehl 1 Pfd.	0,20 „	4,50 „	22 1/2 „
Kartoffeln 1 Pfd.	0,025 „	0,80 „	32 „
Eier 15 Stück	1,00 „	30,00 „	30 „
Butter 1 Pfd.	1,44 „	29,00 „	20 1/36 „
Schmalz (Amerik.) 1 Pfd.	0,65 „	15,00 „	23 1/13 „
Kokosfett 1 Pfd.	0,35 „	13,00 „	37 1/7 „
Margarine 1 Pfd.	0,40 „	11,50 „	28 3/4 „
Zucker, rationiert. 1 Pfd.	0,20 „	4,50 „	22 1/2 „
Kakaopulver 1 Pfd.	0,60 „	14,00 „	23 1/3 „
Malzkaffee 1 Pfd.	0,16 „	4,30 „	26 7/8 „
Vollreis 1 Pfd.	0,20 „	4,00 „	20 „
Erbsen 1 Pfd.	0,20 „	3,00 „	15 „
Teigwaren 1 Pfd.	0,25 „	7,00 „	24 „
Bohnenkaffee 1 Pfd.	1,00 „	24,00 „	24 „
Milch 1 Liter	0,10 „	2,50 „	25 „

Die Teuerung hat also durchschnittlich das 25fache der Vorkriegszeit erreicht. Wie sind nun demgegenüber die Löhne der schaffenden Bevölkerung gestiegen? Nachstehende Beispiele mögen dies veranschaulichen:

Arbeitslöhne pro Tag:	1914	1921	Ende Sept.
Für einen Industriearbeiter durchschnittlich	4,00 Mk.	48,00 Mk.	= 12 fache
Für Bauarbeiter und ähnliche Berufe mit relativ hohen Löhnen	5,20 Mk.	64,00 Mk.	= 12 4/15 fache
Für Beamte (Jahreseinkom.	1800,00 Mk.	14 400,00 Mk.	= 8 fache

Einer Steigerung der Lebensmittelpreise um durchschnittlich das 25fache steht also nur eine Steigerung der Löhne, bei den Arbeitern um durchschnittlich das 12fache, bei den Beamten gar nur um durchschnittlich das 8fache gegenüber. Oder anders gesagt: der Arbeiter kann für seine jetzigen hohen Löhne noch nicht einmal die Hälfte an Lebensmitteln kaufen als in der Vorkriegszeit, der Beamte sogar kaum noch ein Drittel. Doch damit noch nicht genug sind die steuerlichen Lasten der schaffenden Bevölkerung bis zur Unerträglichkeit gesteigert worden.

Aus alledem ergibt sich die Frage: **Kann ein Arbeiter unter solchen Verhältnissen überhaupt noch existieren? Muß er da nicht langsam Hungers sterben?**

Seit kurzer Zeit nun macht sich in der Industrie und Landwirtschaft die Forderung nach Weltmarktspreisen bemerkbar. Was dies heißt, dafür ein Beispiel:

Der amerikanische Dollar ist in den letzten Wochen an der Berliner Börse auf 105 bis 110 Mk. gegen 4,20 Mk. vor dem Kriege gestiegen. Das heißt, die deutsche Reichsmark ist jetzt bloß noch ungefähr den 25. bis 26. Teil vor dem Kriege wert. Die Preise für Bedarfsartikel werden also alle, auch die jetzt noch niedriger stehenden, auf das 25- bis 26fache steigen.

Dieser Zustand soll nun nach den Absichten der Stinnes und Konsorten auf unabsehbare Zeit beibehalten werden. Die deutschen Schwerindustriellen und Finanzleute tragen sich ja nach neuerlichen Veröffentlichungen der bürgerlichen Presse mit dem Plane einer Goldanleihe im Auslande, um die Aufbringung der Reparationsverpflichtungen vom Devisenmarkt unabhängig zu machen und „das maßlose Treiben der Devisenspekulationen einzudämmen". Das heißt also, die deutsche Valuta soll auf den heutigen Stand von 105 bis 110 Mark für den Dollar stabilisiert werden.

Die Lebenshaltung der Arbeiter soll also dauernd auf das erst in den letzten Wochen durch das schnelle Sinken der Mark und der dadurch bedingten Preissteigerung der Lebensmittel erreichte Niveau herabgedrückt werden. Alle Lohnforderungen werden ja von den Unternehmern abgelehnt und Streikandrohungen mit Aussperrungen beantwortet, wie die Berichte aus allen Teilen des Reiches bezeugen. Dazu kommen in Kürze noch die neuen Steuern, die eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung im Gefolge haben werden.

Der Zeitpunkt ist also gekommen, den jener deutschnationale Professor vor mehr denn Jahresfrist in Aussicht stellte, daß 20 Millionen Menschen in Deutschland Hungers sterben müssen.

Proletarier, Arbeiter, Beamte! Ihr alle seid zum Hungertode verurteilt. Es hilft nichts, dagegen die Augen zu verschließen. Die Tatsachen reden ihre unerbittliche Sprache. Und was tun Eure Führer? Sind sie gewillt, den Kampf um Euer Leben mit dem Kapitalismus aufzunehmen?

Fragt sie selbst darum. Nicht reden und diskutieren kann mehr helfen, indessen seid Ihr längst Hungers gestorben. Keine Prozentige Lohnerhöhung, auch keine 50prozentige, entreißt Euch Eurer Not. Selbst bei einer 100prozentigen Lohnerhöhung bleibt Eure Lebenshaltung infolge der 10prozentigen Einkommensteuer und den noch in Aussicht stehenden neuen Steuern noch weit hinter der Vorkriegszeit zurück. Wer dies nicht begreift, dem ist nicht mehr zu helfen.

Die Regierung selbst gibt in ihrer Statistik Mitte September die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes gegenüber der Vorkriegszeit als von 1 auf 16 gesteigen an. Diese Berichte sind zudem noch, wie kürzlich ausgerechnet ein rechtssozialistisches Blatt festgestellt hat, stark gefärbt. Die Kosten sind zum mindesten ein Drittel zu niedrig gegriffen, wie Ihr nach vorstehender Tabelle leicht selbst beurteilen könnt.

Proletarier, Arbeiter und Beamte! fragt Eure Gewerkschaftsführer, was sie zu tun gedenken. Fragt den ADGB. mit seinen 10 Millionen Mitgliedern, ob er Euch ruhig Hungers sterben lassen will. Es geht um Euer Sein oder Nichtsein!

Scheinprosperität und wirkliche Verelendung der Massen.

Die großkapitalistische „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht einen Bericht ihres Pariser Korrespondenten über die Wirtschaftslage in Frankreich, dem wir folgende, ungemein lehrreiche Stellen entnehmen:

Es ist bemerkenswert, daß auch in Frankreich, ähnlich wie in Amerika und auch in Deutschland, die Aufwärtsbewegung der Preise am schärfsten bei den Lebensmitteln eingesetzt hat, trotz der Rekordernte, die Frankreich in diesem Jahre zu verzeichnen hatte. Das ist um so interessanter, als gerade in Frankreich die These, daß der notwendige Abbau des gesamten Preisniveaus wirksam nur durch eine Herabsetzung der Löhne und Gehälter eingeleitet werden könne, nicht nur in der Theorie verfochten, sondern von den Unternehmerorganisationen bereits sehr weitgehend in die Tat umgesetzt worden ist. Die Metallindustrie hat seit Monaten beträchtliche Lohnkürzungen vorgenommen und ihrem Beispiel sind nicht nur die meisten anderen Industrien, sondern auch die öffentlichen Arbeitgeber, der Staat und die Kommunen gefolgt, die bei ihren Beamten und Angestellten die früher gezahlten Teuerungszulagen aufgehoben haben. **Wenn trotzdem die Preise auf der ganzen Linie wiederum stark anzuziehen beginnen, so ist dies ein neuer Beweis dafür, daß**

hohe Löhne nicht die Ursache, sondern die Folge der Teuerung sind

und daß man den Hebel anderswo ansetzen muß, wenn man ernstlich den Abbau zu hoher Preise will. Gewiß auch in Frankreich sind heute die reinen Produktionskosten im Vergleich zur Vorkriegszeit auf eine geradezu phantastische Höhe hinaufgeklettert. Aber **noch weit größer ist das Mißverhältnis der Unternehmergewinne von heute und damals.** Die französische Wirtschaft ist in dieser Hinsicht den gleichen Weg gegangen wie die deutsche. Die verhängnisvollen Kalkulationsmethoden, die den anormalen Verhältnissen der Kriegszeit ihre Entstehung verdanken, haben nach Kriegsende nicht nur keinerlei Rückbildung erfahren, sie sind im Gegenteil schlimmer denn je. Damals war es die gewaltsame Einschränkung der Produktion, das Mißverhältnis zwischen der Erzeugung und einer vielfach gesteigerten Nachfrage, die eine Entwicklung dieser Art ermöglichte. Heute sind es eine gut ausgebaute Organisation, Kartelle und Preiskonventionen und der auf die Spitze getriebene Protektionismus der amtlichen französischen Wirtschaftspolitik, der die Aufrechterhaltung und Beseitigung dieses ungesunden, auf die Dauer ruinösen Zustandes beginnigt.

Die paradoxe Erscheinung der letzten Jahre, daß es das meist durch Schwankungen der Wechselkurse oder durch Verteuerung gewisser überseeischer Rohmaterialien hervorgerufene Anziehen des Preisniveaus ist, von der eine Belebung der Geschäftstätigkeit auszugehen pflegt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich dabei jedesmal **nur um einen Umschwung von sehr begrenzter Dauer handelt.** Sobald der dringendste Bedarf der konsumierenden Masse, die aus Angst vor noch höheren Preisen sich rasch mit dem Allernotwendigsten versorgt, gedeckt ist, müssen derartigen **vorübergehenden Konjunkturaufstiegen** Depressionen folgen, die sich von einer Periode zur anderen mit Naturnotwendigkeit verschärfen müssen. **Um eine Erscheinung dieser Art scheint es sich auch augenblicklich in Frankreich zu handeln.** Hinsichtlich ihrer Dauer ist man selbst in französischen Wirtschaftskreisen ein wenig skeptisch. **Eine nachhaltige Steigerung der Produktion läßt sich eben nur durch eine vernünftige Konsumentenpolitik erzielen. Und das geschieht in erster Linie durch die Hebung der Kaufkraft der breiten Masse.** Man zäumt aber das Pferd beim Schwanze auf, wenn man, wie jetzt in Frankreich, **bei steigenden Preisen durch Kürzung der Arbeitslöhne das große Rad der Wirtschaftsmaschine zu schnellerer Umdrehung bringen zu können glaubt.** Die Erfahrungen der letzten Monate reden eine Sprache, die von den französischen Unternehmern nicht mißverstanden werden sollte. Die durch die Lohnherabsetzungen erzielte, kaum ins Gewicht fallende Verringerung der Produktionskosten spielt gegenüber den durch sie bewirkten Verbrauchseinschränkungen der großen Masse und durch die Schädigungen heftiger Lohnkämpfe, wie sie sich augenblicklich in der Textilindustrie abspielen, wirklich keine Rolle. **Sie allein reicht auch keineswegs aus, den französischen Waren eine größere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu sichern.** Die Schwierigkeiten, mit denen die französische Exportindustrie zu kämpfen hat, liegen auf einem ganz anderen Gebiet: Sie sind in den Rückwirkungen der französischen Schutzzollpolitik zu suchen, gegen die sich die anderen Länder mit entsprechenden Repressalien zur Wehr gesetzt haben.

Dieser Bericht eines bürgerlichen Korrespondenten bestätigt in glänzender Weise die Auffassung der Kommunisten, die sich von dem bengalischen Licht einer vorübergehenden Scheinprosperität nicht blenden lassen und nicht aufhören, den Arbeitern zuzurufen, daß selbst diese vorübergehende Scheinprosperität nur möglich ist durch die wirkliche, grenzenlose Verelendung der Arbeitermassen. Was in diesem Berichte — aus deutschchauvinistischen Motiven — über Frankreich gesagt wird, das gilt selbstverständlich auch von allen anderen kapitalistischen Staaten, nicht zuletzt von der Tschechoslowakei, in der die Ausbeuter sich eben anschicken, den Arbeitern des Ostrau-Karwiner Industriegebietes und der Metallindustrie unerhörte Lohnreduzierungen aufzuzwingen, mit derselben Begründung, deren sich die französischen Kapitalisten bedienen.

Die Papiergeldflut.

Nach dem Reichsbankausweis vom 15. September ist der Banknoten-Umlauf um 742,2 Millionen Mark auf 81 469,7 Millionen Mark gestiegen, während er in der zweiten Septemberwoche des Jahres 1920 um 4,6 Millionen Mark zurückgegangen war. Zu diesen 81½ Milliarden Banknoten treten noch 721,8 Millionen Darlehnskassenscheine, so daß sich der Gesamtumlauf an Papiergeld auf rund 80 Milliarden stellt.

Diese ungeheuerliche Ziffer ist der beste Gradmesser für den katastrophalen Währungsverfall und das Elend der Arbeiterklasse in Deutschland.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210926-19/fragment/page=0003

Bis nachmittags 5 Uhr

kannst du in der Lerchenfeldstr. 14 einen Anteilschein zur Produktiv-Genossenschaft zeichnen. Du bist doch bereits Mitglied?

K·P·D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Büroen und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1478. Postscheckkonto Leipzig 35468. Oskar Riedel, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabend nachm. geschlossen.

Versammlungen

Ortsverein Halle.

Büroen: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1478. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Genossinnen und Genossen! Werbt in diesen Tagen für die Partei, für neue „Klassenkampf"-Leser.

Heute Montag, den 26. September 1921, abends 8 Uhr, im „Volkspark": **Oeffentliche Frauen-Versammlung.**

Alle Vorstandsmitglieder und Ressortvertreter. Distriktsleiter und deren Stellvertreter haben heute Montag abend 5½ Uhr, im Rauchzimmer des „Volksparks" zu einer **wichtigen Besprechung** zu erscheinen.

Distrikt 7. Dienstag, den 27. September, abends 7 Uhr: **Sitzung** aller Zehnerschaftsführer in der „Terasse".

Distrikt 5a. Dienstag abend ½7 Uhr, im „Letzten Dreier": Alle Zehnerschaftsführer zum Abrechnen.

Unterbezirk Saugerhausen.

Saugerhausen. Mittwoch, den 28. September 1921, abends 8 Uhr: 1. Diskussionsabend. Thema: „Genossenschaftswesen, insbesondere die Konsum-Vereine von heute." Wir laden alle Genossinnen und Genossen ein, sich regelmäßig und zahlreich an den Diskussionsabenden zu beteiligen. Die Abende finden in der „Bierhalle" statt.

Unterbezirk Mansfeld.

Unterrißdorf. Dienstag, den 27. September, abends ½8 Uhr, im Lokal „Kirschbaum": **Oeffentliche Versammlung.** Tagesordnung: „Die politische Lage." Referent: Genosse Wipprecht.

*1204

Öffentl. Volksversammlung

am Dienstagabend 7½ Uhr, in der „Funkenburg" zu Merseburg.

Thema:

Die Oppauer Explosionskatastrophe

Was sagt die Arbeiterschaft dazu?

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung darf kein Proletarier oder Proletarierin dort fehlen. Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte, erscheint in Massen in dieser Versammlung!

1563 **KPD., Ortsgruppe Merseburg.**

Allgemeiner Konsumverein Halle a. S. u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Dienstag, den 4. Oktober 1921, abends 7 Uhr, im „Volkspark", Burgstraße:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. **Geschäftsbericht über das Jahr 1920/21, Revisionsbericht des Aufsichtsrates, Bericht des Sekretärs, Bericht des Betriebsrates, Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.**
2. **Wahl von 5 Aufsichtsratsmitgliedern und 2 Ersatzmännern.**
3. **Abänderung der §§ 12 und 39 des Statuts.**
4. **Anträge der Mitglieder.**

Der Aufsichtsrat. Fr. Hoffmann. Jul. Hennicke.

NB. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. 3367

Stadttheater.

Dienstag, den 27. Septr. Anfang 7½, Ende 10 Uhr: **Rosmersholm.** Schauspiel von Henrik Ibsen. Mittwoch: **Figaros Hochzeit.**

Volkspark.

1141 **Kräftiger Mittagstisch.**

Restaurant Produktiv-Genossenschaft

Lerchenfeldstraße 14 empfiehlt seinen kräftigen **Mittag- und Abendtisch**

U.T.

Leipziger Str. 88

Aus dem Schwarzbuche eines Polizeikommissars. 5 spannende Teile. Alle Teile in einer Vorstellung.

LEO PEUKERT in dem Lustspiel in 3 Akten **Der Herr Impresario.** Beginn 4 Uhr

Seefahrt ist not! nach d. Roman v. Gorch Fock mit LUCIE HOEFLICH.

Alte Promenade 11a

Mit Büchse u. Spaten. Erlebnisse eines amerikan. Ingenieurs i. d. Petroleumfeldern Mexikos. 5 spannende Akte. Beginn 4 Uhr.

3369

Licht-Spiele

3370

Nur noch bis Donnerstag:

Erstaufführung!

Der erste Eichberg-Monumental-Film der Serie 1921/22.

Der lebende Propeller

oder

Die Braut des Athleten.

In der Hauptrolle:

Lee Parry, der weibliche Harry Piel.

5 Akte!

Eine absolut verbürgte Erbschaftsgeschichte. — Die Handlung spielt teilweise in Artistenkreisen, teilweise in Kreisen des britischen Hochadels.

Fernsprecher 4681. Beginn: 4.00 6.15 8.25 Uhr. Grosse Ulrichstr. 51

Im Herzen der Stadt

Neu aufgenommen!

:: Schulbücher ::

aller Art,

Tafeln, Schieferstifte, Bleistifte, Federhalter Gummi, Lineale.

Zu haben in der

Volksbuchhandlung,

Merseburg, Markt 7.

!!! Achtung !!!

Ein großer Posten neue Herrenschuhe von 95 Mark an,

neue feldgraue Röcke und Hosen, gebrauchte Maßanzüge von 250 Mk. an, Bettücher, Bettdecken, Tischdecken, Damen-Mäntel und -Kostüme von 95 Mark an.

1564 **Federbetten.**

Johs. Straubel, Weissenfels,

Marienstr. 24. Tel. 752.

Bibliothek der Kommunistischen Internationale.

N. Bucharin und E. Preobraschenski

Das **ABC** des **Kommunismus**

Preis 5 Mark.

Der niedrige Preis ermöglicht jedem Arbeiter die Anschaffung des umfangreichen Werkes, in dem alle praktischen und theoretischen Probleme der Revolution behandelt werden.

Für die Ortsgruppen zu beziehen durch die **Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle (Saale),** Lerchenfeldstraße 14. — Für Einzelverkauf: **Halle:** Volksbuchhandlung, Harz 42/44; **Merseburg:** Volksbuchhandlung, Markt 7; **Weissenfels:** Reinhold Bornhake, Dammstraße 18; **Naumburg:** Buchhandlung Frau Heese, Michaelisstraße 82.

+ Frauen

wenn Ihre monatliche **Regel ausbleibt** oder stockt, seien Sie ohne Sorge. Neuen Lebensmut bringt Ihnen einzig und allein nur meine neue Spezialität, **Sieg** über alles welche den **Kein Schwindel,** andere davon- wo trägt. garantiert wird. **alles** verFrauen, w. schon gleblich versucht hatten, schreiben überraschende **Wirkung** *1130 selbst in hartnäckig., verzweifelten, bereits hoffnungsl. Fällen Unschädl. **Garantie** für jeden **Fall, sonst Geld zurück.** Teilen Sie mir mit, wie lange Sie z. klagen hab. Diskr. Versand

Frau E. Wollenweber, Harburg (Elbe 401) Niemannstraße 31.

Ich übertreibe nicht! **Viele** frohe Danksagungen bestät. d. Erfolg.

Schlaf-Zimmer, Küchen und einzelne **Möbel** in allen Preislagen liefert 1186

G. Schaible, Gr. Märkerstr. 26, neben Ratskeller.

Grudeöfen

in allen Größen u. Ausführungen wieder lieferbar

August Domke, Fabrik für Blecharbeiten, Halle a. d. S., Taubenstr. 9.

Autogen. Schweißen und Schneiden. [1189

Hausfrauen!

Kauft nur in den Geschäften, welche im „Klassenkampf" inserieren.

Achtung! Ammendorf. Achtung!

Nur **2 Minuten** vom **Gasthof „Zum Eisterstal", Hauptstr. Nr. 9** befindet sich meine 1197

Fellhandlung und Rohproduktengeschäft!

Zahle für **Ziegenfelle, Heberlinge, Kaninfelle** usw. **über jeden Konkurrenzpreis!**

Desgleichen für **Lumpen, Knochen, Eisen, Alt-Metalle, Zeitungen** usw.

Verkaufen Sie Ihre **Felle frisch-geschlachtet** an mich, so sind Sie überzeugt, daß ich keine Reklameschreierei mache.

Friedrich Theuring,

Hauptstr. Nr. 9.

Nur 2 Tage in Halle.

Metalleinkauf!

Ich kaufe heute und morgen in Halle, Gasthof „Stadt Magdeburg", Martinistraße, folg. Metalle: **Zinkwärmflaschen, Zinn-Teller, -Kannen, -Krüge, Bierleitungsrohr, Bierglasdeckel, Zinnformen usw.**

Kaufe auch jeden Posten Kupfer, Messing, Blei u. Stanniol.

Sämtliche Metalle zu reellen Preisen!

Ankauf aller Sorten Militär- und Beamtentressen.

*1198 **Otto Golde.**

Genehmigt unt. Nr. 388 b. Wandergew. f. a. Bundesst.

Einkauf von früh 10 Uhr bis abends 7 Uhr.

Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Vertreter gesucht. Hohen Verdienst bringt d. Verkauf meiner Schärfeapparate f. Hackfleischmasch. u. Sensen. Letzterer ersetzt d. Dengeln d. Sens. Gr. Mass.-Artikel. Jed. Landw. kauft Must. franko Nachnahme. Rückgabe gestattet. *1210 **Max Straßer, Erfurt.**

Bellamy

Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.

8,00 Mk., Porto 40 Pf.

Volksbuchhandlung,

Halle a. S., Harz 42/44.

Walhalla

Lichtspiel-Theater

Täglich:

Danton

Der Held aus der furchtbaren Zeit der französischen Revolution

mit 1337

Emil Jannings,

Werner Krauß, Ed. v. Winterstein, Hilde Wörner.

7 Akte. 7 Akte.

Vorführung: 4.00 6.30 9.00 Uhr.

Ferner:

Resl, Mirzl und die Sus

Lustspiel in 3 Akten.

Gegen Wanzen, Flöh' u. Läuse

Nimmt **Nicoleda** nur der Weise: Augenblicklich wird gefund Kur u. Mensch u. Kind u. Hund. In ½ Stunde versichert Sie unter **Garantie Kopf-, Kleider-, Läuse** sow. Brut (Nisse), **Wanzen, Flöhe** b. Mensch u. Tier. **„Nicoleda"** ist geruchl. Mit Wasd. unschädl. Verk.: **Schwarz,** Steinweg 16. Postkr. Preis: 6 und 7,50 Mk. 1140

Maurer u. Zimmerleute

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

Meldung beim Polier.

Baustelle: **Portland-Zement-Fabrik, Halle.** (Alte Zementfabrik) Nietleben.

Karl Lingesleben, Baugeschäft, Dryanderstraße 34. *1213

200 Mark Belohnung

dem ehrlichen Finder, welcher mir meinen am Donnerstagmittag im Stadtbad, in Zelle Nr. 16, liegengebliebenen Trauring, geg. M. H. 25. 12 11. 3368 4. 10 11 zurückbringt.

Steinächer, Friesenstraße 11.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210926-19/fragment/page=0004

Die Washingtoner Konferenz.

Thesen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

(„Prawda" vom 27. August und 1. September.)

I. Die Washingtoner Konferenz.

Die von der amerikanischen Regierung zur Regulierung der ostasiatischen Fragen und zur Einschränkung der Rüstungen nach Washington einberufene Konferenz ist ein von der kapitalistischen Gesellschaft unternommener neuer Versuch, aus den durch den imperialistischen Weltkrieg geschaffenen Gegensätzen einen Ausweg zu finden. Die Idee der Bildung Mitteleuropas und der „Völkerbund" haben ein völliges Fiasko erlitten. Drei Jahre nach Beendigung des Krieges und zwei Jahre nach Friedensschluß bietet Europa das Schauspiel eines großen Käfigs, in dem die verschiedensten wilden Tiere miteinander um einen ihnen zugeworfenen Knochen kämpfen. Nachdem der siegreiche Kapitalismus mit so großen „Erfolge" bewiesen hat, wie fähig er ist, den Frieden zu schaffen, haben die Vereinigten Staaten von Amerika, die sich schon in Versailles an dem Versuche der Schaffung des Völkerbundes beteiligt haben, und sich nachher weigerten, sich ihrer eigenen Schöpfung anzuschließen, nun zum zweitenmal die Initiative ergriffen, um die für sie brennenden Fragen, das heißt, die ostasiatischen Fragen, zu lösen. Die Vereinigten Staaten wollen auch die Abrüstungsfrage lösen. Alles dies soll die Washingtoner Konferenz zustande bringen. Dieser Versuch wird aber, ebenso wie die früheren Versuche, zu keinem Ergebnis führen. Im besten Falle wird es zu einer neuen Staatengruppierung und zu einer neuen Verschärfung der schon bestehenden Gegensätze kommen. Daß es so kommen wird, ergibt sich aus den Beweggründen, von denen die Vereinigten Staaten, England und Japan, geleitet werden, sowie aus der Prüfung der zwischen ihnen bestehenden Gegensätze.

II. Wiederbeteiligung der Vereinigten Staaten an der europäischen Politik.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika zogen sich vom Völkerbund zurück: 1. Weil England, das im Völkerbunde über sechs Stimmen verfügte, dem ganzen Völkerbund seinen Stempel aufgedrückt hat; 2. weil die amerikanischen Kapitalisten, die durch den Versailler Vertrag bestimmten Grenzen nicht garantieren wollten; 3. weil die republikanisch-kapitalistische Clique das geschwächte Interesse der amerikanischen kleinbürgerlichen Massen den europäischen Angelegenheiten gegenüber dazu benützen wollte, um die demokratisch-kapitalistische Clique in ehrerbietiger Entfernung von der Teilnahme an den Freuden der Regierung zu halten. Aber die Vereinigten Staaten mußten doch am Spiel der Weltpolitik teilnehmen. Die Kapitalisten Europas und die Entente schulden den Vereinigten Staaten 20 Milliarden Dollar. Eine weitere Entwicklung der europäischen Konflikte brachte nicht nur in der Frage, ob die Schuldner imstande sein werden, ihre Schulden zu bezahlen, eine Entscheidung, sondern auch in der Frage, ob die Vereinigten Staaten imstande sein werden, ihre Industrie, die sich während des Krieges ungemein entwickelt hatte, auf derselben Höhe zu erhalten. Wenn ein Teil der amerikanischen Kapitalisten noch im Jahre 1919 annehmen konnte, daß ihr Wohlbefinden von der ökonomischen Entwicklung Europas ganz unabhängig sei, so zeigte die furchtbare Krise der Jahre 1920 und 1921 selbst den amerikanischen Farmern, daß Amerika nicht imstande ist, seine Produkte nach Europa zu exportieren, wenn das europäische Wirtschaftsleben auf dem Wege des Verfalles noch weiter fortschreitet.

Und das ist der Grund, warum die Vereinigten Staaten an der Entscheidung der Frage der deutschen Wiedergutmachung teilnehmen, warum sie sich im Obersten Rate an der Entscheidung der oberschlesischen Frage beteiligen und jetzt in der Frage der russischen Hungersnot sich auf einen besonderen Standpunkt gestellt haben. Mit einem Worte: die Vereinigten Staaten sind in den Schoß des Obersten Rates zurückgekehrt, der als der wahre Vertreter des siegreichen Weltkapitals erscheint und den Völkerbund zu einem Spielball in seiner Hand gemacht hat. Die Vereinigten Staaten bemühen sich jetzt, die Leitung der Weltpolitik in ihre Hände zu bekommen und machen sich dabei die schwierige Lage, in der ihr englischer Konkurrent sich augenblicklich befindet, zunutze.

III. Die Lage Englands.

Um zu siegen, veranlaßte der englische Imperialismus seine während des Krieges wirtschaftlich erstarkten Kolonien, an der Kriegführung teilzunehmen. Im Jahre 1917 gewährte der englische Imperialismus den Kolonien das Recht, an der Entscheidung der Fragen, die die Auslandspolitik Großbritanniens betrafen, mitzuwirken. Jetzt ist dieser Imperialismus gezwungen, dieses Recht der Kolonien anzuerkennen, weil er nicht imstande ist, allein die Ausgaben für die Rüstungen zur See zu bestreiten, die er für unerläßlich hält, um den Vereinigten Staaten und seinen eigenen Verbündeten, Japan und Frankreich, widerstehen zu können, und auch noch aus dem Grunde, weil er gezwungen ist, mit den Kolonien, als mit Machtfaktoren, zu rechnen.

An Stelle Großbritanniens steht jetzt eine Föderation Großbritanniens und der autonomen kapitalistischen englischen Kolonien, deren äußere Interessen mit den Interessen der Metropole nicht übereinstimmen. Während der englische Imperialismus die Verbindung mit Japan aufrechterhalten will, um im Falle eines Konfliktes mit den Vereinigten Staaten einen Verbündeten zu haben, und um durch ständiges Schüren der amerikanisch-japanischen Gegensätze die Möglichkeit zu haben, die Vermittlerrolle zwischen dem amerikanischen und japanischen Imperialismus zu spielen, während dessen kann der junge kanadische Imperialismus, der in immer größere und größere Abhängigkeit von seinem Nachbaren, der Vereinigten Staaten, gerät, seine Zuspitzung des Verhältnisses zu sei nem mächtigen Nachbarn vertragen. Kanada hat sich bei der Reichskonferenz gegen die Erneuerung des Bündnisses mit Japan ausgesprochen und lehnte jede Verantwortung im Falle der Erneuerung dieses Bündnisses ab. Für Australien ist Japan der einzige in Betracht kommende Gegner. Amerika hingegen ein Verbündeter im Falle eines Konfliktes mit Japan. Die südafrikanischen Farmer wollen mit politischen Konflikten nichts zu tun haben. Dieses Verhalten der größten Kolonialländer hat dazu geführt, daß der englische Imperialismus den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber seine Handlungsweise verloren hat.

Die stetige Verschärfung der Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiete zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien hat beide Konkurrenten vor die Frage gestellt, ob diese Konkurrenz in einer Atmosphäre großer politischer Gegensätze nicht eine Vermehrung der Rüstungen zur Folge haben wird, die zu einem neuen Weltkriege führen könnte.

England wird sich in einem neuen Weltkrieg in einer viel gefährlicheren Lage befinden, als im Weltkriege 1914 bis 1918. England, das auf die bedingungslose Unterstützung seiner Kolonien nicht rechnen kann, wird aber Wahrscheinlichkeit nach, auch Frankreich bei seinen Gegnern finden, dessen Versuch, mit Hilfe der Vasallenstaaten, Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien, sich des ganzen kontinentalen Europas zu bemächtigen, sowie auch dessen östliche Politik es in einem immer größeren Gegensatz zu England bringt. Der englische Imperialismus hat es ermöglicht, daß nicht nur die Seestreitkräfte, sondern auch die Landstreitkräfte des deutschen Kapitalismus vernichtet wurden. Die Entwaffnung des deutschen Kapitalismus hat den französischen Militarismus zum Hauptfaktor auf dem Kontinent gemacht. Frankreich würde bei dem jetzigen Entwicklungsstande der weittragenden Geschütze, der Luftschiffahrt und der Unterseeboote im Falle eines Krieges als Verbündeter der Vereinigten Staaten nicht nur imstande, die vollständige Blockade Englands durchzuführen, sondern könnte sich auch noch erdreisten, eine Landung in England vorzunehmen. Diese Lage der Dinge zwingt die englische Regierung, schon jetzt den Versuch zu machen, mit der amerikanischen Regierung zu einem Uebereinkommen zu gelangen. Das Resultat dieses Uebereinkommens wäre die Bildung eines anglo-sächsischen kapitalistischen Trusts, dessen Schwerpunkt in Amerika sein wird. Diese Vertrustung soll auf Kosten Japans stattfinden.

IV. Die Isolierung Japans.

Der japanische Imperialismus ist während des Krieges als Kriegslieferant der Entente-Staaten bei ganz kleinen Unkosten reich geworden und hat sich den Umstand zunutze gemacht, daß England infolge des Krieges nicht imstande war, seine Kolonien mit genügenden Mengen von Erzeugnissen eigener Industrie zu versorgen. Am Anfange des Krieges verhinderte Japan auf diplomatischem Wege die Teilnahme Chinas am Weltkriege und entriß Kiautschou und die Provinz Schantung dem deutschen Imperialismus, indem es sich selbst an die Stelle Deutschlands setzte. Japan unterstützte die inneren Kämpfe in China und machte sie sich zunutze, um die Rolle eines angeblichen Organisators zu spielen, in Wirklichkeit aber, um sich zum Herrn dieses Riesenreiches zu machen, das langsam auf dem Wege von der feudalen Zersplitterung, geführt von dem bürgerlichen Süden, zur Einigung vorwärtsschreitet. Die Resultate des Weltkrieges lassen die Früchte der japanischen Siege zweifelhaft erscheinen. Die Niederlage Deutschlands, das Ausscheiden Rußlands in seiner Eigenschaft als imperialistischer Machtfaktor, der sich mit Japan zu gemeinsamen Raubzügen verbinden konnte, haben Japan dahin gebracht, im Falle eines Konfliktes mit den Vereinigten Staaten ausschließlich auf die Unterstützung Englands zu rechnen.

V. Die Pläne der Vereinigten Staaten Amerikas in bezug auf Ostasien.

Infolge des kolossalen Ausbreitungsbedürfnisses ihrer ökonomischen Einflußsphäre, betrachten die Vereinigten Staaten von Amerika China und Rußland (Sibirien) als große Märkte, welche als günstiger Boden für Verwertung des amerikanischen Kapitals zu erobern sind. In Anbetracht der einzigen Lage Amerikas, das der Gläubiger der ganzen Welt ist, in Anbetracht der Konkurrenz, die die amerikanische Industrie nicht nur der japanischen, sondern auch der englischen Industrie macht, sind die Vereinigten Staaten Gegner aller imperialistischen Sonderrechte und Privilegien, die die anderen imperialistischen Staaten, wie England, Frankreich und Japan, bis jetzt in China erobert haben und jetzt auch in Sibirien erobern könnten. Amerika versucht, Japan mit der Losung der „offenen Türe" aus China zu verdrängen, einer Losung, die vom amerikanischen Staatssekretär John Gay schon im Jahre 1900 aufgestellt wurde. Und, wie aus dem Verhältnis Amerikas zur Frage der chinesischen Radiostationen und zur Frage der Insel Yap hervorgeht, ist es bereit, den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen. Diese Stellungnahme der Vereinigten Staaten bedroht die Interessen Englands, aber in einem bedeutend geringerem Maße, als die Japans. Und zwar aus dem Grunde, weil England als kapitalistisch kräftigerer Staat viel leichter gegen die amerikanische Konkurrenz ankämpfen kann, als Japan, und auch deshalb weil die Frage der Ufer des Stillen Ozeans für Japan eine Lebensfrage ist, für England jedoch nur eine der wichtigsten weltpolitischen Fragen. Wenn England zwischen Japan und den Vereinigten Staaten von Amerika wählen muß, so wird es sich sicherlich für Amerika entscheiden. Auf Grundlage all dieses erscheint die Washingtoner Konferenz als Versuch Amerikas, Japan auf diplomatischem Wege die Früchte seines Sieges zu entreißen.

VI. Die wahrscheinlichen Resultate der Washingtoner Konferenz.

Die Vorbedingungen zur Einschränkung der Rüstungen im Stillen Ozean oder zur Verteilung der Seegebiete als Marinestützpunkte der verschiedenen Seemächte hängen vom Resultate der Verhandlungen über die strittigen Fragen im Stillen Ozean ab. England wird auf Seiten Japans stehen und sich bemühen, ein Kompromiß zu erzielen, das ihm die Möglichkeit bieten wird, das Bündnis mit Japan aufrechtzuerhalten und auch Amerika formell in dieses Bündnis einzubeziehen. Die militärische Bedeutung des Bündnisses mit Japan ist im Falle eines Krieges mit Amerika eine sehr große; aber auch die diplomatische Bedeutung dieses Bündnisses ist im Falle eines Konfliktes mit den Vereinigten Staaten eine sehr große. Um dies Ziel zu erreichen, werden Japan Rechte in Sibirien eingeräumt werden, und Amerika wird Konzessionen in China erhalten. Amerika wird auch an der Exploitierung der Naphtaquellen in Mesopotamien beteiligt werden usw. Wenn es England gelingen sollte, ein solches Kompromiß zu erzielen, so wird es sich bemühen, im Rahmen des englisch-japanisch-amerikanischen Bündnisses besondere enge Beziehungen zu Japan zu unterhalten. Dann werden die [illegible] Mächte auch bestimmen, inwieweit Rüstungen zur See [illegible] anderen Staaten zulässig sind. Falls es aber nicht gelingen sollte, in den strittigen Punkten ein Uebereinkommen zu erzielen, dann wird der Konflikt, sowohl was die ökonomische als auch was die Frage der Rüstungen anlangt, sich noch weiter zuspitzen. Bei der ersten Gelegenheit werden England und die Vereinigten Staaten einen Trust bilden, und die Resultate, die Japan während des letzten Krieges erreicht hat, zugunsten der Vereinigten Staaten schmälern, und zwar in China, und nach Maßgabe der Möglichkeit auch, was Sowjet-Rußland anlangt. Dieses Uebereinkommen wird aber gleich dem Frieden von Shimonoseki, durch den Rußland, Deutschland und Frankreich sich benutzten, Japan die Früchte seines Sieges über China im Jahre 1894 zu entreißen, ein Ausgangspunkt zu neuen politischen Gruppierungen und neuen Verwickelungen in der Weltpolitik werden; im anderen Falle wird sich der Prozeß der Verschärfung der politischen Gegensätze noch schneller entwickeln. Diese Gegensätze können aber in keinem Falle völlig beseitigt werden. Die wirtschaftlichen Gegensätze in England und Amerika werden, wie früher, eine allesbeherrschende Lage der Weltpolitik bleiben. Die englisch-japanischen Gegensätze werden auch weiter existieren. Die Gegensätze zwischen England und Frankreich werden auch weiterhin in Kraft bleiben, und nach allen diesen Gegensätzen, die zwischen den kapitalistischen Siegern herrschen, kommen die Gegensätze, was ihr Verhältnis zu den besiegten kapitalistischen Ländern, zum Beispiel Deutschland anlangt, sowie zu den Kolonialländern und zum Schluß zu Sowjet-Rußland, einem Staate, der das internationalistische kapitalistische Staatensystem eine Bresche geschlagen hat.

VII. Die Washingtoner Konferenz und die Kommunistische Internationale.

Der Versuch, die Frage der Einschränkung der Rüstungen auf dem europäischen Kontinent in das Programm der Konferenz einzubeziehen, hat keine Aussicht auf Erfolg. Wenn auch im Hinblick auf die völlige Entwaffnung Deutschlands der Verzicht auf seine Kriegsbereitschaft keine Gefahr für Frankreich darstellt, so wird dies doch nicht seinen Bemühungen entsagen, die erste Militärmacht Europas zu werden, da die Politik des französischen Imperialismus darin besteht, auf dem europäischen Kontinent zu herrschen. Neben Frankreich existieren noch Staaten, die durch den Frieden von Versailles und die anderen Friedensverträge große Territorien erhalten haben, deren Bevölkerung ihnen feindlich gesinnt ist.

In Polen gibt es große Massen ukrainischer, russischer und deutscher Einwohner. Die Tschecho-Slowakei bietet ein Bild, das dem früheren Oesterreich-Ungarn gleicht: neben den Tschechen gibt es dort eine zahlreiche deutsche, slowakische und ungarische Bevölkerung. Rumänien hat sich ungarische und bessarabische Volksmassen unterworfen. Ein großer Teil der bulgarischen Bevölkerung ist zu Rumänien und Jugoslawien gekommen. Im nahen Osten bemüht sich Frankreich, von seinen Stützpunkten in Afrika und in Syrien ausgehend, England von der Seite zu bedrohen, und zwar an Englands empfindlichster Seite, am Suezkanal.

Frankreich ist bestrebt, der englischen Politik Hindernisse in den Weg zu legen, dieser Politik, die darin besteht, eine Verbindung zwischen Indien und Aegypten durch Schaffung eines großen arabischen Staates, der in völliger Abhängigkeit vom englischen Imperialismus steht, herzustellen. Um nun bei einer solchen Lage der Dinge zu erreichen, daß Frankreich auf seine Rüstungen verzichtet, muß England zuerst in allen Fragen der Weltpolitik mit Frankreich zu einem Uebereinkommen gelangt sein.

Wie wenig die kapitalistischen Staaten selbst an die Möglichkeit der Abrüstung glauben, zeigt die Tatsache, daß die englische Regierung, als sie in der herzlichsten Weise den Vorschlag Hardings, im November in Washington mit den Verhandlungen über die Abrüstungsfragen zu beginnen, begrüßte, 30 Millionen Pfund Sterling zum Bau neuer Kriegsschiffe assignierte, mit dem Hinweis darauf, daß Japan acht Dreadnoughts baut, die alle im Jahre 1925 fertig sein sollen und schon die Mittel zum Bau der nächsten acht Dreadnoughts angewiesen hat, und daß die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1925 über 12 Großkampfschiffe verfügen werden.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale enthüllt den Charakter der Washingtoner Konferenz, die nicht imstande sein wird, etwas in der Abrüstungsfrage zu erreichen und nicht dazu beitragen wird, daß es zwischen den Volksmassen zum Frieden kommt. Diese Konferenz ist nur ein Versuch, die Interessen der größten anglo-sächsischen imperialistischen Räuber auf Kosten der schwächeren japanischen Räuber, auf Kosten Chinas und Sowjet-Rußlands, zu verteidigen. Dieser Charakter der Washingtoner Konferenz tritt dadurch noch schärfer hervor, daß Sowjet-Rußland zu dieser Konferenz nicht eingeladen wurde, um ihm die Möglichkeit zu nehmen, das verächtliche Spiel, das dort mit den Geschicken der Völker getrieben wird, an den Pranger zu stellen.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale warnt die Arbeitermassen und die unterdrückten Nationen, sich der Hoffnung hinzugeben, daß irgendwelche diplomatische Kombinationen in Washington es vermögen werden, sie von der Drohung des bewaffneten kapitalistischen Friedens zu befreien. Ebensowenig wird diese Konferenz imstande sein, sie von der Exploitierung durch die kapitalistischen Staaten zu befreien. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale fordert alle kommunistischen Parteien und alle Gewerkschaften, die der Roten Gewerkschaftsinternationale angehören, auf, ihre Agitation und ihren Kampf gegen die imperialistischen Staaten zu verschärfen, deren Interessengegensätze zu einem neuen Weltkonflikt führen werden, wenn nicht die Revolution des Proletariats der kapitalistischen Klasse die Waffen entreißt und einen Boden schafft für einen wahren Friedensbund der arbeitenden Völker. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale lenkt die Aufmerksamkeit der arbeitenden Massen der ganzen Welt auf die Intrigen, die in Washington gegen Sowjet-Rußland gesponnen werden.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale fordert die Volksmassen Chinas und Koreas und die Bevölkerung Ostsibiriens auf, sich enger an Sowjet-Rußland anzuschließen, an den einzigen Staat, der bestrebt ist, die Beziehungen mit den Völkern des Ostens, die vom Weltimperialismus bedroht werden, auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der brüderlichen Hilfe aufzubauen.

Aus der Partei.

Bezirksparteitag Hessen-Frankfurt.

Gegen die Stimmen der Hanauer Delegation wurde nachstehende Resolution angenommen:

Der Bezirksparteitag Hessen-Frankfurt begrüßt die einmütigen Beschlüsse des Jenaer Parteitages und erblickt darin den Abschluß der negativen Kritik an der Märzaktion. Die Lehren aus den organisatorischen und taktischen Fehlern hat der Parteitag in der „Resolution zu den Aufgaben der Partei" politisch und organisatorisch gezogen.

Indem die Partei anknüpft an die täglichen Nöte des Proletariats, stellt sie ihre organisatorische und agitatorische Arbeit in den Dienst der Tat und betreibt damit eine selbständige Politik der Verteidigung der Lebensinteressen des Proletariats. Um die vom Parteitag gezeichnete Linie der Gesamtpartei durchzuführen, erwächst den Unterbezirken und Ortsgruppen die Aufgabe, jedes einzelne Mitglied der Partei, die Betriebs- und Gewerkschaftsfraktionen mit den Tagesfragen des wirtschaftlichen und politischen Kampfes vertraut zu machen. So wird die Partei imstande sein, die breitesten Massen im Kampfe um sich zu sammeln zur einheitlichen Front gegen die Bourgeoisie, die Kämpfe zu erweitern, zu vertiefen, zusammenzufassen und auszurichten auf das Endziel: Die Eroberung, Sicherung und Festigung der Macht des Proletariats.

Der Bezirksparteitag verpflichtet jedes Mitglied, in diesem Sinne seine ganze Kraft in den Dienst des Befreiungskampfes des Proletariats zu stellen.

Ausschluß in Bremen.

Das bisherige Parteimitglied Banasiewicz (Bremen), das dem Bezirksvorstande der KPD. angehörte, ist von der Bremer Organisation ausgeschlossen worden.

Banasiewicz, der ehrenamtlich mehrere Parteifunktionen bekleidete, hat der Direktion der Weser A.-G., deren Belegschaft seit mehreren Wochen im Streik steht, Spitzeldienste geleistet. B. hat im Auftrage eines Direktors der Weser A.-G. ein anonymes Flugblatt verfaßt, das die streikenden Arbeiter und die Partei beschimpfte und die Aufforderung zum Streikabbruch enthielt. Ferner hat B. einen Schimpfartikel für ein bürgerliches Blatt geschrieben. Die Flugblätter wurden von zehn Arbeitern der Werft verbreitet, die für einen Judaslohn von ein paar hundert Mark ebenfalls von der Direktion gewonnen worden waren. Unter diesen Verbreitern des Flugblattes befinden sich zwei Mitglieder der USP. und kein KPD.-Mann. B. ist, als er von Arbeitern gestellt wurde, aus Bremen geflüchtet.

Der Verrat einiger, von der Direktion bestochenen Arbeiter hat den Kampfeswillen der Streikenden nicht brechen können. Eine große Betriebsversammlung beschloß mit überwiegender Mehrheit, den Streik fortzusetzen.

Mandatsniederlegung. Genosse Scholem hat sein Mandat zum Preußischen Landtag niedergelegt, um einem anderen Mitgliede unserer Partei die Möglichkeit zu geben, das Mandat auszuüben, da Genosse Scholem durch den Beschluß der Mehrheit des Landtages die Immunität Scholems aufzuheben, daran gehindert wird. Anstelle des Genossen Scholem wird die Genossin Geffke treten.

Neue Druckschriften.

Die soeben erscheinende Nr. 12 der „Internationale", Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, herausgegeben von der KPD., enthält folgende Beiträge: Nach dem Parteitag von Ernst Friesland. — Glossen zum 3. Kongreß von Karl Radek. — Neue Zeit und alte Fehler in neuer Gestalt von Lenin. — Valuta und Klassenkampf von Ernst Sucher. — Die „Internationale", pro Heft 1 Mk., ist zu beziehen durch Frankes Verlag, Berlin SW, Blücherplatz 2, durch alle Buchhandlungen und durch die Post. Es ist notwendig, daß unser wissenschaftliches Organ von unseren Mitgliedern gelesen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210926-19/fragment/page=0005

Werbt in diesen Tagen Mitglieder für die KPD u. neue Leser für den Klassenkampf!

Halle und Saalkreis.

Halle, den 26. September 1921.

Dölz, der Held des Märzen.

Als der Abg. Heidenreich im Untersuchungsausschuß des Landtages an den Polizeimajor Unger die Frage richtete, ob es wahr sei, daß der Polizeidirektor Dölz im März in der Nacht vor seiner Privatwohnung Sicherheitsposten stehen hatte, die jenen Zeitfreiwilligen angehörten, die vom Obersten Hartwig gegen den Willen des Polizeigewaltigen eingestellt worden waren, da machten wir in unserem Berichte einen leisen Vorbehalt. Wir waren von Herrn Dölz ja allerhand Dinge gewöhnt, aber eine solche Unglaublichkeit hätten wir ihm doch nicht zugetraut. Nun aber können wir unsern Vorbehalt zurückziehen, denn die komische Rolle des Hallischen Polizeidirektors in den Märztagen ist jetzt einwandfrei festgestellt. Durch niemand anders als durch ihn selbst.

Die „Hallesche Zeitung" hatte an Hand der Heidenreich-Fragen heftige Angriffe gegen Dölz gerichtet und ihn zu einer schriftlichen Erklärung herausgefordert. Diese wird nun von dem Blatt mit der gebührenden höhnischen Soße veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß die ergötzliche Erzählung von den Zeitfreiwilligenposten vor der Behausung des rechtssozialistischen Polizeistadtrates im allgemeinen zutreffend gewesen ist. Herr Dölz schreibt u. a.:

„Ihre Bemerkung, daß es eine feine Ironie sei, daß sich der Hallische Polizeidirektor zu seinem persönlichen Schutz an seine Wohnung zwei Zeitfreiwillige hat stellen lassen, ist eine der direkten Unwahrheiten, wie sie in der „Halleschen Zeitung" des öfteren beliebt werden. Der Beweis für die letzte Behauptung sei in folgendem erbracht: Zu seinem persönlichen Schutz hat er keine Wache notwendig, denn er ist mit Ausnahme weniger Morgenstunden immer mit den Beamten im Dienstgebäude gewesen. Daß er aber für seine Familie einen Schutz von dem Kommando angefordert hat, dürfte nach einigen Beobachtungen, die in der Nähe der Wohnung gemacht worden sind, als notwendig erscheinen. Daß zu diesem Schutze Zeitfreiwillige geschickt worden sind, habe ich erst durch Ihre Zeitung erfahren, die die Aussage des Herrn Majors Unger vor dem Untersuchungsausschuß wiedergab."

Nach dem eigenen Geständnis des Herrn Dölz steht also fest, daß vor seiner Privatwohnung im März Beamte der grünen Polizei Posten gestanden haben, daß diese Posten Zeitfreiwillige gewesen sind und daß Herr Dölz von der Postenstellung nicht nur gewußt, sondern sie ausdrücklich angefordert hat. Wenn er diese Lächerlichkeit jetzt erklären will mit „einigen Beobachtungen, die in der Nähe der Wohnung gemacht worden sind", so ist das einmal der Gipfel der Lächerlichkeit und zum anderen — wenn man auf den Gedanken kommen sollte, daß mit den „Beobachtungen" kommunistische Pläne gemeint sind, — eine unerhörte Dreistigkeit. Denn wer traut einem Kommunisten zu, daß er sich an unschuldigen Frauen und Kindern vergreifen könnte?

Ein klein wenig schämt sich Herr Dölz aber doch dieser Rolle aus den Märzentagen, sonst hätte er nicht bemerkt, daß er nicht zu Hause gewesen sei außer in einigen Morgenstunden. Aber wir können nicht finden, daß sein Heldentum hierdurch eine Steigerung erfahren hätte. Denn er gibt ja mit der ihm eigenen Ungeschicklichkeit zu, daß er fast ununterbrochen sich mit den Beamten im Dienstgebäude aufgehalten hat und daß deshalb zu seinem persönlichen Schutz keine Wache vor der Privatwohnung notwendig gewesen sei. Das heißt, aus dem polizeibureaukratischen Rechtfertigungsgestammel in einen klaren Satz übersetzt: Herr Dölz, der Kommunisten- und Orgeschjäger, hat damals Angst gehabt und sich deshalb unter die schützenden Fittiche seiner lieben, grünen, rechtssozialistisch organisierten Polizeisoldaten geflüchtet. Und nun sage noch einer, daß Herr Dölz kein Held gewesen ist.

Entschlossener Kampfwille der Hallischen Eisenbahner.

Gegen die reaktionären Machenschaften der Verwaltung.

Der Herd der Reaktion befindet sich in den Verwaltungsstellen und in den staatlichen Betrieben. Einer dieser größten Herde ist der Eisenbahnbetrieb. Die Revolution ist an diesem Machtapparat fast spurlos vorübergegangen. Das reaktionäre Bureaukratentum sitzt fest im Sattel und baut von der „neuen Zeit" aus ab, was der Wiedereinführung der „alten Ordnung" hindernd im Wege steht. Und weil viele kleinen und mittleren Beamten noch immer nicht begriffen haben, daß sie in dem Kampfe um Freiheit und Lebensgenuß nichts weiter zu verlieren haben, als den Glauben an Dinge, die nicht wahr sind, darum unterstützen sie die Bestrebungen der Reaktion auf Rechtslosmachung der Beamten, Angestellten und Arbeiter, und darum muß auch der klassenbewußtere Teil der Eisenbahner einen so schweren Kampf gegen die reaktionäre Brutstätte führen. Die Eisenbahner haben nicht nur die Hand an der Gurgel des Staates, sondern sie haben auch die Hand an der Gurgel der Reaktion. Und weil der Staat und die gesamte Reaktion das wissen, darum gehen sie jetzt in erster Linie gegen die Eisenbahner vor. Um sich für den Kampf zu rüsten, wird aus den Reihen der Beamten ein sogenannter „Freiwilliger Bahnschutz" (Streikbrecher) geschaffen, der zu gegebener Zeit den Eisenbahnern in den Rücken fallen soll. Der größte Teil der Eisenbahner hat seine Klassenlage begriffen und ist gewillt, gegen alle reaktionären Machenschaften der Verwaltung zu kämpfen. Das zeigte auch der Verlauf der gestrigen Protestkundgebung, die von den drei gewerkschaftlichen Eisenbahnerorganisationen (Deutscher Eisenbahnerverband, Allgemeiner Deutscher Eisenbahnerverband und Gewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter und Staatsbediensteten) nach dem „Volkspark" einberufen worden war und der große Massen gefolgt waren.

Die Redner dieser Organisationen (die „neutrale" Reichsgewerkschaft hatte ihre Unterschrift wieder zurückgezogen) waren einer Meinung, daß dem Angriff der reaktionären Verwaltung der einheitliche Wille zum entschlossenen Kampf gegenübergestellt werden müsse, und daß nur im Kampf die reaktionäre Brutstätte beseitigt werden könne. Alle Verhandlungsmöglichkeiten seien erschöpft, und wenn der Eisenbahner seinen Achtstundentag behalten wolle und sich gegen die Streikbrecherorganisation (Freiwilliger Bahnschutz) sichern wolle, dann müsse er kämpfen. Die Verwaltung gehe ganz systematisch vor. Zuerst habe sie den Achtstundentag bei den wirtschaftlich Schwachen, bei den Schrankenwärtern, beseitigt, nun mehr gehe sie daran, auch bei den anderen Kategorien den Achtstundentag zu beseitigen. Die Beschlüsse, die kürzlich in Goslar durch Regierungsstellen und den Eisenbahndirektionen ohne Hinzuziehung der Vertreter der Eisenbahner gefaßt worden seien, dürften nicht in Wirksamkeit treten. Der entschlossene Wille zum Kampf gegen diese neuen Knebelungsversuche müsse die Antwort der Eisenbahner sein.

Die Aussprache ergab, daß der Wille zum Kampf vorhanden ist. Es wurde betont, daß der Kampf nur gesiegt werden könne in einer Kampffront mit den übrigen Klassengenossen. Denn nur in einem großen Kampfe, Klasse gegen Klasse, könne die Reaktion besiegt werden. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute im „Volkspark" tagende überaus stark besuchte öffentliche Eisenbahnerversammlung erhebt schärfsten Protest gegen die Maßnahmen seitens der E. D. Halle, den Achtstundentag zu beseitigen bzw. die unterbrochene Arbeitszeit gegen Recht und Gesetz einzuführen.

Die Versammlung fordert restlose Beibehaltung der ursprünglichen Regelung und vor allem die Rücknahme der in Goslar getroffenen einseitigen Verwaltungsmaßnahmen. Es wird durch die Kollegen, einschließlich zahlreicher Mitglieder der Reichsgewerkschaft, restlos zum Ausdruck gebracht, daß sie die erkämpften Rechte nicht preiszugeben gewillt sind. Die heute bestehende Solidarität wird unter allen Umständen bis zur Erreichung unserer Ziele aufrecht erhalten unter Ausschluß der Leitung der Reichsgewerkschaft, die im Moment der Not durch verleumderische Maßnahmen die Interessen aller Kollegen gefährdet."

Proletarier und Proletarierfrauen!

Erscheint heute abend in Massen im „Volkspark"!

Herta Sturm spricht über:

„Die proletarische Frau in Deutschland und in Sowjet-Rußland."

---

* **Der Rednerabend** am Montag, dem 26. September, fällt aus. Der nächste Rednerabend findet am Montag, dem 3. Oktober, in der Lerchenfeldstraße statt. Genosse Cornelius Behr spricht über: „Aus der bolschewistischen Literatur vom März bis zur Oktoberrevolution." Alle rednerisch tätigen Genossen sind verpflichtet, zu erscheinen. Genossen, die sich für dieses Thema interessieren, können ebenfalls daran teilnehmen.

* **Achtung, Mitglieder der Produktiv-Genossenschaft!** Morgen, Dienstag, den 27. September, abend 7 Uhr, findet im „Volkspark" die Generalversammlung statt. Alle Genossenschaftsmitglieder müssen erscheinen, damit sie sich über den Stand der Genossenschaft genau informieren und überall den Lügen und Verleumdungen der menschewistischen Presse energisch entgegentreten können.

* **Arbeiter-Samariterkolonne.** Daß die bürgerlichen Vereinigungen der Wohlfahrt und Hilfeleistung auch noch anderen Zwecken dienen, denen sie eigentlich nicht dienen sollten, ist oft genug durch krasse Beispiele bewiesen worden. Es sind eben bürgerliche Einrichtungen, die trotz der Phrase von Menschlichkeit und Nächstenliebe auch dann nicht ihren Klassencharakter verbergen können. Warum hat z. B. die Hallsche Aerztekammer sich zu der Maßnahme veranlaßt gesehen, der Arbeiter-Samariterkolonne den Sanitätsunterricht zu verweigern? Ist die Arbeiter-Samariterkolonne nicht auch ins Leben gerufen worden, um Hilfe bei Unglücksfällen usw. zu leisten? Die Gründe, die zu diesem Beschluß der Hallischen Aerztekammer geführt haben, liegen viel tiefer. Mit allen Mitteln will man die stolze Arbeiterorganisation, die sich so rasch entwickelt hat, zerstören, und dazu reicht selbst die medizinische Wissenschaft ihre Hand. Aber auch diese Maßnahme wird die Arbeiter-Samariterkolonne nicht zugrunde richten. Sie wird sich trotzdem weiter entwickeln und den Aufgaben gewachsen zeigen, die an sie herantreten. Anmeldungen werden jeden Mittwoch abend während der Uebungsstunden im Schulsaal der Mittelschule entgegengenommen.

* **Rentenzahlung bei der Post.** Die Zahlung der Militärrenten und der Invaliden- und Unfallrenten findet beim Postamt 1 (Große Steinstraße), wie folgt statt: a) für Militärrenten am 29. September für die Nummern 1 bis 15 000, am 30. September für die Nummern 15 001 bis Schluß. Am 1. und 3. Oktober werden Militärrenten nicht gezahlt; b) für Invaliden- und Unfallrenten am 1. Oktober für die Nummern 1 bis 3800, am 3. Oktober für die Nummern 3801 bis Schluß. Vom 29. September bis einschl. 6. Oktober werden Renten in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, an den folgenden Tagen von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags gezahlt.

* **Proletarische Bühne des Arbeiter-Bildungsvereins (Kröllwitz).** Die Wiederholung des Theaterabends findet nicht Freitag, sondern Sonnabend, den 1. Oktober, im kleinen Theatersaal des „Volkspark" statt. Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Um den Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, wird gebeten, den Vorverkauf zu benutzen. Es werden nur soviel Programme ausgegeben, daß jeder Besucher eine Sitzgelegenheit hat. Vorverkaufsstellen: „Volkspark" (Büfett), Volksbuchhandlung (Harz) und Produktiv-Genossenschaft (Büfett). Zur Aufführung gelangt: Wie lange noch? Schauspiel in 3 Akten von Fr. Jung. Die Musikabteilung wird vor und nach dem Theater einige Stücke zu Gehör bringen. Die Leitung der Proletarischen Bühne wird das Theaterstück solange wiederholen wie Nachfrage vorhanden ist.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, gelangt die Oper „Der Barbier von Sevilla" zur Aufführung. Dienstag geht das Schauspiel „Rosmersholm" von Henrik Ibsen in Szene. Mittwoch wird „Figaros Hochzeit" wiederholt. Donnerstag „Das Rheingold", Freitag „Rosmersholm", Sonnabend „Zwangseinquartierung", Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Die Räuber", für Sonntag abend wird das Musikdrama „Die versunkene Glocke" nach der Märchendichtung Gerh. Hauptmanns von Heinrich Zöllner vorbereitet.

* **Freie Volksbühne.** Die Karten für die erste und zweite Aufführungsreihe müssen bis zum Dienstag, dem 27. September, in den Zahlstellen eingelöst werden.

* **Selbstmordversuch.** Gestern nachmittag verhörte eine geisteskranke Person, als sie vom Krankenhause Bergmannstrost der Nervenklinik zugeführt werden sollte, durch Oeffnen der Pulsader einen Selbstmordversuch. Nachdem die Person verbunden worden war, wurde sie ihrem Bestimmungsort zugeführt.

Ammendorf. Keine Irreführung. Die Hungersnot, die in Rußland durch die große Dürre hervorgerufen worden ist, wird von allen Gegnern des proletarischen Rußlands dazu benutzt, um gegen die Kommunisten zu hetzen. Daß an dieser Naturkatastrophe wiederum die Kommunisten schuld sind, weil sie den Regen nicht zur rechten Zeit eingesetzt haben, ist selbstverständlich, wie ja die Kommunisten eben an allem schuld sind, was auf Erden und im Himmel sich Schreckliches ereignet. Bei der klassenbewußten Arbeiterschaft wird natürlich diese erbärmliche Hetze keinen Anklang finden, und auch unsere arbeitende Jugend, an die sich die Gegner besonders wenden, ist bereits so weit, daß sie sich durch die Propaganda nicht irreführen läßt, denn auch sie weiß, daß sie in dem kapitalistischen Deutschland nur zu hungernden Sklaven herangezogen werden. Die kleinen Plakate, die jetzt in Ammendorf und anderen Orten an allen Straßenecken in feurigstem Rot mit Sowjetsternen und Aufforderungen an die arbeitende Jugend prangen, werden darum keine Wirkung haben. Die Jugend wird sich in die Kampfreihen des klassenbewußten Proletariats einreihen und für die Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft in Deutschland kämpfen.

Bebitz bei Könnern. Klassenjustiz. Die Not der Arbeiterklasse schreit zum Himmel. Die Unternehmer haben taube Ohren. Sie wollen nichts von dem ungeheuren Elend sehen und hören. Ihnen ist es nur recht, wenn es den Arbeitern schlecht geht, weil sie glauben, die Arbeiter würden dann gefügiger sein. Die Justiz, die Dirne des Kapitals, ist auf dem Posten und sorgt durch ungeheuerliche Klassenurteile dafür, daß die Ausbeuter ihr Ausplünderungssystem ungestört fortführen können. Die niedrigen Löhne des Landproletariats zwingen die Arbeiter oft, wenn sie nicht elend zugrunde gehen wollen, die Gesetze der heutigen Eigentumsordnung der bürgerlichen Gesellschaft zu mißachten. Weil Hunger nur in den Proletarierschichten verspürt wird und qualvoll ist, kommt es darum öfter vor, daß Proletarier sich an dem Eigentum ihrer Ausbeuter vergreifen. So hatte auch ein Arbeiter aus Bebitz einige Garben Getreide vom Acker eines Gutsbesitzers mit nach Hause genommen, und wollte sie in seinem Haushalt verwenden, da der kärgliche Lohn von 143 Mk. in der Woche für eine sechsköpfige Familie nicht hinreichte. Wegen dieses ungeheuerlichen „Verbrechens" stand nun der bisher unbescholtene Arbeiter vor dem Schöffengericht in Könnern. Der Arbeiter gab das „Verbrechen" zu und betonte, daß er durch die Notlage seiner Familie dazu gezwungen worden sei. Trotzdem wurde er zu der ungeheuerlichen Strafe von acht Monaten Gefängnis verurteilt. — Ein bisher unbescholtener Arbeiter, der durch Not einige Garben Getreide mit nach Hause nahm, um seine Familie vor Hunger zu schützen, wird zu acht Monaten Gefängnis verurteilt! Muß man da nicht von Klassenjustiz sprechen, wenn man daran erinnert, daß wirkliche Verbrecher, die die Notlage des Volkes dazu benutzen, um ungeheure Gewinne zu erzielen, frei herumlaufen und Schieber und Wucherer (wenn sie einmal erwischt werden) nur mit geringen Geldstrafen belegt werden? Wo bleibt der Staatsanwalt, der gegen solch ungeheuerliche Urteile einzuschreiten hat?

Aus dem Gerichtssaal.

Strafkammer.

Du sollst den Namen des Herrn, deines Pfarrers . . .

Der Eisenbahnarbeiter Paul Fr. hatte sich zu einem Maskenball von einem Hallschen Maskenverleihinstitut das Ornat eines evangelischen Geistlichen geliehen und auf dem Fest im Scherz als Pfarrer gewirkt. Dabei hatte er die „Gemeinde" niederknien lassen und sie „gesegnet". Da Fr. weder Divisionspfarrer noch sonstwie bezahlter Knecht der manchmal schier christlichen Kirche ist, erhielt er (wahrscheinlich auf Veranlassung des allein mit der Schmähung des Nazareners beauftragten zuständigen „Geistlichen") einen Strafbefehl über 2 Wochen Gefängnis, gegen den er Einspruch erhob. Angeblich sollte er die „heiligen Gebräuche der Kirche verspottet" haben, während es doch das Privileg reicher Gehaltsschlucker ist, der christlichen Grundsätze zu spotten. Da Fr. nicht nachweisen konnte, daß er vom „deutschen Gott" das Verderben der „Feinde" erfleht und die Heiligung des Millionenmordes ausgesprochen hatte, wurde er vom Schöffengericht Halle zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Nach fünf Jahren.

Der 36jährige Maurer Paul Rost wurde beschuldigt, am 24. Oktober 1916 in Gemeinschaft mit dem für diese Tat zu drei Jahren Zuchthaus verurteilten Arbeiter Otto Peter eine Kiste mit 146 Paar Schuhen gestohlen und an einen Pantoffelhändler W. verkauft zu haben. Die Verhandlung ergab, daß es sich um eine weit geringere Anzahl von Schuhen gehandelt hatte. Außerdem konnte R. nicht Teilnahme am Diebstahl, sondern nur Hehlerei nachgewiesen werden. Er hatte dafür, daß er mit P. die Kiste zu W. schaffte, ein Paar Schuhe bekommen. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.

Strafbare Auswertung von Platinrückständen.

Der 34jährige Laborant und Werkmeister Adam D. war seit Jahren in einem Platin verarbeitenden Betriebe der chemischen Fabrik „Elektron" beschäftigt und entdeckte, daß sich im Zugang zu einem Schornstein seiner Platinstaub niederschlug, was die Chemiker des Werks bestritten. Schließlich entnahm er einen Teil des Rückstandes und gewann auf chemischem Weg 3 Pfund einer erbigen Masse, in der ganz wenig Platin enthalten war. Diese Substanz ließ er durch seinen in Frankfurt am Main wohnenden Vater von einem Chemiker untersuchen. Durch Vermittlung des Chemikers verkaufte der Vater die platinhaltige Masse für etwa 20 000 Mark. Ursprünglich hatte der Sohn die Rückstände nur entnommen, um als gelehrter Arbeiter einen wissenschaftlichen Triumph über die ihn belächelnden Fachleute davonzutragen. Erst als ihm sein Vater, der die Masse nur untersuchen lassen sollte, die Hälfte des Erlöses übergab, kam ihm der Gedanke, auf den ungewissen Dank des Werkes zu verzichten und mit dem Gelde die Kenntnis des Verfahrens für sich zu behalten. Der Staatsanwalt sah in der Entwendung des von der Werksleitung jedenfalls für wertlos gehaltenen Rückstandes Diebstahl. Er beantragte gegen den Sohn D. 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und gegen den Vater wegen Anstiftung zum Diebstahl und Hehlerei 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, obwohl dieser nur mit 6 Tagen Gefängnis vorbestraft ist. Das Gericht verurteilte beide Angeklagte zu je einem Jahr Gefängnis und rechnete jedem 6 Monate der erlittenen Untersuchungshaft an.

95 Prozent falsche Steuererklärungen der Landwirte!

Der Landwirt und Gemeindevorsteher Paul Reiche aus Bedem bei Delitzsch hatte in seiner Umsatzsteuererklärung einen Umsatz von nur 23 000 Mark angegeben, während nach den Eintragungen der Sachverständigen ein solcher von 104 000 Mark in Frage kam. Schließlich bequemte sich der vorbildliche Gemeindevorsteher zu dem Eingeständnis, daß er sich „verschätzt" habe und der Umsatz (nach seiner geschminkten Angabe!) 74 000 Mark betrage. Das Finanzamt verurteilte ihn daraufhin zu einer Geldstrafe von 9920 Mark. Gegen diesen Strafbescheid erhob R. Einspruch, vermied es aber, selbst in der Verhandlung vor der Strafkammer zu erscheinen. Der als Nebenkläger auftretende Leiter des Finanzamtes Delitzsch machte interessante Mitteilungen über die Steuermoral der „staatserhaltenden Elemente". Danach sind 95 Prozent der von den Landwirten des Delitzscher Bezirks abgegebenen Umsatzsteuererklärungen falsch. Allein im letzten Vierteljahr wurden vom Finanzamt mehr als hundert Strafbescheide eingeleitet. Da das Gericht für das Strafmaß die geizige Höhe des hinterzogenen Steuerbetrages kennen muß, setzte es die Verhandlung aus, um durch das Finanzamt noch entsprechende Feststellungen machen zu lassen.

Schöffengericht.

Begünstigung beim Schleichhandel.

Der Unterassistent Otto L. hatte einen Strafbescheid über 200 Mk. erhalten, weil er einem Reisenden, der mit 32 Pfund Mehl aus Berlin kam, in seinem Dienstraum Unterschlupf gewährt haben soll. Während er zur Rechtfertigung seines Einspruches behauptete, er habe den Reisenden nur deshalb in den Dienstraum geführt, um ihn der Polizei zu übergeben, soll er nach der Aussage eines Polizeibeamten geäußert haben: „Wir werden den Leuten doch nicht das bischen Mehl wegnehmen lassen!" Das Schöffengericht verurteilte L. zu 100 Mk. Geldstrafe.

Sport

Der große Werbetag für die Radfahrerbewegung nahm gestern unter guten Witterungsverhältnissen einen äußerst günstigen Verlauf und dürfte der Arbeiterradfahrerbewegung weitere Freunde und Mitglieder gewonnen haben. Die am gestrigen Tage stattgefundenen Veranstaltungen sollten allen Bevölkerungsschichten zeigen, daß die Arbeiterradfahrerbewegung in der Lage ist, guten und gesunden Sport zu pflegen. Eingeleitet wurden die Veranstaltungen mit einem Sternlauf durch Halle, an dem alle Arbeiterradfahrervereine teilnahmen. Um 12 Uhr mittags trafen die aus allen Stadtteilen angesetzten Gruppen auf dem Marktplatz an, wo nach einer kurzen, werbenden Ansprache des Vorsitzenden des Arbeiterradfahrerkartells, Genosse Geißler, und der Annahme einer Resolution, die Gruppen geschlossen wieder abrückten. Am Nachmittage fanden auf der Peißnitz unter großer Beteiligung der Bevölkerung die eigentlichen Werbefahrten statt. Auch sie nahmen einen guten Verlauf und haben Beweis davon, daß in Arbeiterkreisen gesunder Sport gepflegt wird.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen: Fritz Krod; Verlag: Produktiv-Genossenschaft, e. G. m. b. H., für den Bezirk Halle-Merseburg, Abtlg. Verlag Klassenkampf, Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210926-19/fragment/page=0006

Aus der Provinz.

Neuer Betrug an den Landarbeitern.

Keine Arbeiterkategorie ist in ihrer Lebenslage derart weit zurückgeblieben wie gerade die Landarbeiter. Diese kennen keinen Achtstundentag. Während des größten Teiles des Jahres müssen sie 10—12 Stunden arbeiten. Der Tarif sieht allerdings nur den Zehnstundentag während der Erntezeit vor. Wie sieht es aber in der Praxis aus? Durch das reaktionäre Gebahren des DVW. ist ein Rahmentarif für die Provinz Sachsen zustande gekommen, der für jeden denkenden Landarbeiter ein Faustschlag ins Gesicht bedeutet. Die Großpächter und Großlandbarone nützen den Tarif weidlich für sich aus. Wir wollen nicht mehr an all die erbitterten Kämpfe erinnern, auch nicht an all die Kraftausdrücke, mit welchen sich die Landarbeiter damals ihr Herz erleichtert haben, die restlos dem DVW. zugedacht waren, als der Streik um die Wegestrage begann. Ständig bekamen die Landarbeiter vom Verband zu hören, wenn sie sich dorthin um Hilfe wandten: „Ihr dürft nichts unternehmen, der Bauer oder Großgrundbesitzer ist in seinem Rechte, wenn er verlangt, Ihr müßt bei Beginn der Arbeitszeit bereits draußen auf dem Felde sein." Für die Landarbeiter bedeutete diese Regelung der Wegestrage eine Arbeitszeitverlängerung von täglich 1 bis 2 Stunden ohne jede Bezahlung. Aus dem Zehnstundentag ist so der 11—12-Stundentag geworden.

Wie im Sommer die Preise sprunghaft in die Höhe gingen, wurde besonders wieder die Landarbeiterschaft von dieser einzigartigen Teuerung betroffen. Waren doch ihre Löhne, 110—125 Mark pro Woche, derartig minimal, daß sie so wie so nicht hin und her wußten mit dem kärglichen Verdienst. Aber wie immer blieb der Verband völlig passiv. Nichts konnte die Vorstände aus ihrer süßen Ruhe schrecken. Als das Grollen der Mitglieder zu laut wurde, setzten sich die Herren Großagrarier und Verbandsvorstände, sogenannte Tarifgemeinschaft, zusammen und setzten flugs den Preis für das Deputatgetreide auf 105 Mk. pro Zentner heraus. Dadurch sollte den Landarbeitern plausibel gemacht werden, daß durch das Steigen der Kornpreise ihr Verdienst „automatisch" in die Höhe gegangen wäre.

Nichts ist verkehrter als gerade diese Auffassung!

Wenn der Landarbeiter wirklich Nutzen aus den steigenden Kornpreisen ziehen wollte, müßte er den größten Teil seines Deputatgetreides verkaufen können, ohne dafür wieder Brot oder Viehfutter kaufen zu müssen. Er ist gezwungen, den ganzen Kornbedarf für das Brot einzukaufen. Er muß auf jeden Fall bedeutend mehr Geld aufwenden bei hohen Kornpreisen, als wenn er dasselbe zur einen niedrigen Preis erstehen kann.

Zu allen den jetzt bereits vorhandenen Verschlechterungen des Landarbeiterlosses durch die steigenden Preise aller Lebens- und Bedarfsartikel hat die Regierung noch einen Extra-Raubzug auf die Taschen der Landarbeiter durchgeführt. **Sie hat den Landarbeitern die Brotkarten entzogen.** Vier Zentner Deputat sollen jetzt angerechnet werden auf die Brotversorgung. Damit fällt jedes Anrecht auf Markenbrot weg. Der Landarbeiter muß also das teure markenfreie Brot zum Preise von 8 bis 12 Mk. das ganze Jahr hindurch kaufen. Das bedeutet für ihn eine Mehrausgabe nur für Brot im Jahre von rund 800—900 Mk. bei einer vierköpfigen Familie. Schlimmer ist wohl noch niemand ausgeplündert worden, als jetzt die Landarbeiter durch die Entziehung der Brotkarten.

Teilweise hat die Landarbeiterschaft diesen Betrug als solchen auch bereits erkannt und hat spontan Front dagegen gemacht, wo die einzelnen Gemeinden dazu übergingen, den Arbeitern die Karten zu entziehen. Bis jetzt ist es noch meistens hier im Bezirk Sachsen und Anhalt gelungen, durch kurze, einige Stunde dauernde Streiks alle Anschläge zu parieren. Aber wie lange noch? Die Regierung wird mit allen Mitteln darauf drängen, daß die Landarbeiter von dem Umlagegetreide kein billiges Brot erhalten. Andererseits können die Arbeiter auf dem Lande von ihrem kärglichen Verdienst auch nicht für sich selbst und ihren Kindern das teure Brot kaufen. Sie werden dadurch total zum Hungern gezwungen.

Diesen neuen Schlag gilt es abzuwehren. Gegen solch ungerechtes Verfahren von seiten der Regierung muß Front gemacht werden. In allen Landarbeiterversammlungen müssen die Arbeiter ganz energisch gegen ein solches aller Gerechtigkeit hohnsprechendes Vorgehen protestieren. Der DVW. muß gezwungen werden, überall Versammlungen einzuberufen, um die Maßnahmen zur Beseitigung der Zwangsmaßnahme zu besprechen. Sollte sich der DVW. weigern, in irgendeiner Beziehung Maßnahmen zu ergreifen, so müssen die Landarbeiter selbst dazu übergehen und anfangen zu handeln. Von Gut zu Gut, von Ort zu Ort müssen sich die Landarbeiter zusammenfinden und auf diesen Konferenzen die Abwehrmaßnahmen erwägen, welche zum Ziele führen können. Sind im Anfang vereinzelte Aktionen auch erfolgreich gewesen, so darf man sich dadurch nicht täuschen lassen. Die Gutsbesitzer gehen mit der Regierung in dieser Frage Hand in Hand und die Gemeindebehörden sind die ausführenden Organe der herrschenden Großjunker und Großfabrikanten. Diese herrschende Clique kennt nur ein Ziel: Die vollständige Ausplünderung und Rechtlosmachung der Arbeiterklasse! Vereint muß hiergegen der Kampf aufgenommen werden. Zu der Verschlechterung der Lebenshaltung des Landproletariats durch Entziehung der Brotkarten kommt noch die unaufhaltsame Verteuerung aller Waren. Das ständige Sinken der Kaufkraft unseres Geldes muß auf der anderen Seite die ständige weitere Verteuerung der Lebenshaltung nach sich ziehen. In allen Kreisen und Orten wehren sich heute die Industriearbeiter gegen die steigende Verschlechterung ihres Einkommens. Die Landarbeiter stehen heute schon bedeutend schlechter. Sie sühlen die Not noch in erhöhtem Maße. Deshalb ist es die Pflicht jeden Landarbeiters, sich darüber klar zu werden, daß er ebenfalls rüsten muß zum Abwehrkampf gegen das immer größer werdende Elend. Hand in Hand mit dem Industrieproletariat muß der Kampf geführt werden, denn beide Berufsschichten haben die gleichen Interessen: als Menschen unter Menschen leben zu können. Um solches zu erreichen, bedarf es eines geschlossenen Kampfwillens des Proletariats. Bewußt muß sich jeder Arbeiter werden, daß nur durch **schärfsten Kampf gegen das gesamte Ausbeutertum** er sich eine Verbesserung seiner Lebenslage erringen kann. Darum fort mit aller Tarifgemeinschaft mit den Großagrariern. Ständig, seit Bestehen der Tarifgemeinschaften, sind die Landarbeiter durch dieselben betrogen worden. Sind die Arbeiter auch jetzt nicht auf dem Posten, werden sie nur wieder selbst die Leidtragenden sein.

Hilfe für Sowjet-Rußland.

Vom Bezirkskomitee „Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland" Halle-Merseburg gingen am 21. September 1921 neun Kisten nachfolgenden Inhalts an die Adresse des Genossen Max Andre, Stettin, ab:

3 Mäntel für Mädchen, 2 Röcke für Mädchen, 4 Kinderschürzen, 5 Kinderschürzen, 2 Jackets für Kinder, 14 Kinderkleider, 1 Mantel für Kinder, 1 Unterrock für Kinder, 8 Säuglingsröckchen, 1 Kappe, 5 Blusen für Knaben, 13 Mützen für Knaben, 9 Kindermützen, 3 Röcke für Kinder, 1 Rock für Frauen, zwei Hemden für Knaben, 4 Hemden für Männer, 1 kleiner Muff, ein Frauenhemde, 6 Jacken für Frauen, 7 Blusen für Frauen, 15 Blusen für junge Mädchen, 1 Ueberjacke für junge Mädchen, 5 Mäntel für Frauen, 2 Paar Kinderstrümpfe, 3 Hosen für Knaben, 1 Hose für Männer, 1 Knabenanzug, 2 Paar Handschuhe für Kaben, 1 Strickweste für Frauen, 1 Strickjacke für Männer, 1 Shal für Frauen, 3 Kapuzen für Frauen, 2 Ueberzieher für Jünglinge, 4 Sweater für Knaben, 1 Sweater für Männer, 1 Schlafdecke, 2 Mäntel für Männer, 2 Militärröcke für Männer, 2 Jackets für Männer, zwei Westen für Männer, 7 Blusen, 5 Hemden für Männer, 6 Säuglingshemden, 3 Mädchenhosen, 4 Kinderschürzen, 5 Kindermäntel, 10 Paar Kinderschuhe, 1 Paar warme Kinderschuhe, 1 Paar Männerschuhe, 2 Paar hohe Damenschuhe, 1 Paar Damenhalbschuhe, 2 Paar gute Kinderschuhe, 20 Blusen, 1 Frauenhemd, drei Kinderhosen, 3 Mädchenhemden, 1 Knabenschürze, 1 Frauenschürze, 6 Kinderröckchen, 2 Männerhosen, 1 Knabenhemd, 1 Knabenhose, 2 Damenjackets, 5 Herrenjackets, 1 Herrenanzug, 11 Kinderkleider, 1 Taille, 2 Korsettschoner, 2 Mister, 2 Röcke, 4 Mädchenröcke, 1 Jacke, 2 Kinderjacken, 3 Knabenjackets, 1 Militärrock, 2 Hosen, 4 Westen, 2 Mäntel, 1 Damenuster, 1 Pelerine, 1 Ueberzieher, 8 Säuglingsjacken, 1 Strickweste, 1 Kindergarnitur (Boa usw.), 10 Paar Strümpfe, 1 Paar Strumpfbänder, 1 Knietwärmer, 1 Paar Handschuhe, 1 Kindermütze, 2 Hosen, 8 Sweater, 1 Paar Ohrenwärmer, 1 Pelzkragen, 1 Kopftuch, 1 Russenkittel.

Bezirkskomitee Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland.
Bezirk Halle-Merseburg.

Elektrisierung der Eisenbahn Leipzig — Magdeburg.

Die Leitungsdrähte auf der Strecke Leipzig-Magdeburg sind jetzt bis Bitterfeld fertiggespannt, so daß die Teilstrecke Leipzig—Bitterfeld unter Strom gesetzt werden kann. Vor einigen Tagen wurde bereits ein Versuchszug, bestehend aus der elektrischen Maschine und einem Wagen, von Wahren aus über die Strecke geschickt. Auf dem Leipziger Bahnhof sind die Bahnsteige 10 bis 16 für den elektrischen Verkehr eingerichtet.

In der Werbewoche

muß jeder Genosse und jede Genossin für die Partei und die Presse agitieren!

Sangerhausen. Streik. Bei den Firmen Klaus, Paese und Strecke sind die Transportarbeiter am Freitag, dem 23. September in den Streik getreten. Es ist klar, daß auch die Transportarbeiter von der immer größer werdenden Teuerungswelle stark getroffen sind. Infolgedessen versuchen die Arbeiter bei genannten Firmen ihren geringen Lohn wenigstens etwas zu erhöhen. Die „Aufsäufer Zeitung" macht nun an die Streikbewegung in ihrer eigenen Art die Randbemerkung, daß nach Ermittlungen bei den Herren Arbeitgebern die Arbeiter schon ausreichend entlohnt seien, ja sogar mehr Lohn hätten, als gleiche Arbeiter in größeren Städten. Zunächst hat sich das Lakaienblatt aller Scharfmacher einen mächtigen Bären aufbinden lassen, denn anderwärts werden weitaus bessere Löhne bezahlt. Weiter steht fest, daß die Lebenshaltung in Sangerhausen sehr teuer ist, und daß deshalb der Streik der Transportarbeiter allzu berechtigt ist. Wir wünschen den Streikenden besten Erfolg und ermahnen alle Beteiligten, strenge Solidarität zu üben und auszuhalten, bis der Sieg errungen ist.

— Rote Hilfe. An Sammlungen gingen ein: Vom Gewerkschaftskartell Artern 2. Rate 200 Mk. Vom Deutschen Eisenbahnerverband 80 Mk.

— Russenhilfe. Durch Markenverkauf: In der Aktienmaschinenfabrik 275 Mk. Von der Gesamtheit 185 Mk.

Glesien. Aus der Partei. Am Mittwoch fand unsere Mitgliederversammlung statt, in welcher Genosse Hartmann (Freiroda) über den Parteitag berichtete. Leider war der Besuch nicht so, als man bei dieser wichtigen Tagesordnung erwartet hätte. Zunächst gab der Kassierer die Abrechnung vom Kinderfest bekannt; es hat sich ein kleines Defizit ergeben. Sodann berichtete Genosse Hartmann eingehend über den Parteitag. Eine rege Aussprache schloß sich an, in der allseits das Bekenntnis abgelegt wurde, die Beschlüsse des Parteitages hochzuhalten und unverrückt im Sinne des Kommunismus zu wirken. In Verschiedenen wurde zunächst bekanntgegeben, daß die Einteilung unserer Genossen in Zehnerschaften fertiggestellt ist. Eine recht lebhafte Debatte entspann sich über die Aufgaben der Gemeindevertreter. Es wurde gewünscht, daß die dier Ortschaften wieder gemeinschaftliche Sitzungen abhalten sollen, um ein besseres Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Auch über das Pfarrfeld und dessen Verpachtung wurde scharfe Kritik geübt. Näheres darüber werden die Genossen in Kürze erfahren. Sodann gab der Vorsitzende noch bekannt, daß die Vorturnerschaft des Arbeiter-Turnvereins Glesien 108,91 Mk. zur Rußlandhilfe gespendet hat. Genossen, besucht die nächste Versammlung besser!

Bitterfeld. Die Gefahren der chemischen Großindustrie werden in einer am 27. September, vormittags 10 Uhr, im Bürgergarten, stattfindenden Volksversammlung der Betriebsräte des Industriebezirkes Bitterfeld behandelt. Die Versammlung hat den Zweck, Wege zu weisen, Katastrophen wie in Oppau zu vermeiden. Vor allem muß eine durchgreifende Untersuchung der Werke gefordert werden unter Hinzuziehung der Gewerkschaften und Betriebsräte. Unsere Aufgabe muß sein, Leben und Gesundheit der Arbeiter und deren Angehörigen zu schützen. — Für die Opfer in Oppau! Das Gewerkschaftskartell Bitterfeld hat Sammellisten für die Opfer der Oppau-Katastrophe herausgegeben. Die Listen sind erhältlich im Arbeitersekretariat Bitterfeld, Steinstraße 8 (Heim der Gewerkschaften). Die gesammelten Beträge sind unter Listenrückgabe ebenfalls dort abzuliefern (8 bis 1 Uhr vormittags, 3 bis 6 Uhr nachmittags), Fernsprecher 581, 588. — Das Allgemeine Arbeiterbildungs-Institut Bitterfeld (Gewerkschaftskartell) veranstaltet am Donnerstag, dem 29. September, abends 7½ Uhr in Dörings Konzerthaus ein Konzert zugunsten der Oppau-Spende. Die Vortragsfolge ist dem Ernst der Situation angepaßt (Largo von Händel, Frauenmusik aus „Götterdämmerung", unvollendete H-Moll-Symphonie von Schubert, Ouverture aus „Egmont" und die symphonische Dichtung „Les Preludes" von Liszt. Das Konzert wird von dem städtischen Orchester Bitterfeld ausgeführt. Der gesangliche Teil, der ebenfalls ernsten Charakter trägt, wird von Herrn Kammersänger Krangemann (Berlin) ausgefüllt. Karten ab ℳ 7 Uhr an der Konzertkasse. Mindesteintrittspreis 6 Mk.

Wolfen. Proletarischer Sieg bei der Gemeinderatswahl. Am gestrigen Sonntag fanden hier Neuwahlen zur Gemeindevertretung statt. Die von den Gegnern zum soundsoviellsten Male totgesagte Kommunistische Partei marschiert an der Spitze! Sie hat die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 60 Prozent entfielen auf die Liste der **KPD. 454 Stimmen, SPD.** 266 Stimmen. Hausbesitzer 241 Stimmen und auf die Bürgerliche Liste 314 Stimmen. Demzufolge erhalten Mandate: **KPD.** 5, **SPD.** 3, Hausbesitzer 3, Bürgerliche 4. Trotz wüster Agitation haben die Bürgerlichen den Sieg der Linken nicht verhindern können. Die Schlammflut von Verleumdungen und Verdächtigungen gegen unsere Partei, hat nicht vermocht, die Reihen der kommunistisch gesinnten Arbeiter ins Wanken zu bringen. Der Ausgang der Wahl berechtigt zu weiteren guten Hoffnungen. Der Kommunismus marschiert trotz alledem!

Jeßnitz. Russenhilfe. Unser Gemeinderat hat in nichtöffentlicher Sitzung auf Antrag der Ortsgruppe der **KPD.** einen Beitrag von 250 Mk. aus der Stadtkasse zur Unterstützung der von der Hungersnot in Rußland betroffenen Bevölkerung bewilligt.

Wittenberg. Oeffentliche Versammlung. Die am Donnerstag von der hiesigen Ortsgruppe der **KPD.** abgehaltene öffentliche Versammlung war leider nur mäßig besucht. Genossen, das muß anders werden! Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu allen Versammlungen zu erscheinen. Wer da meint, er sei schon klug genug und brauche nichts mehr zu lernen, der befindet sich im Irrtum. Die Bourgeoisie hat dafür gesorgt, daß Euer Wissen nicht allzu groß ist. Genossen, weshalb zeigt Ihr der Bourgeoisie nicht, daß Ihr nicht mehr länger in körperlicher und geistiger Sklaverei dahinleben wollt? Weshalb laßt Ihr alles über Euch ergehen, Knechtschaft, Ausbeutung, Hunger, Elend usw.? Heraus aus der Reserve! Kommunist sein, heißt Kämpfer sein! Wenn Ihr ein wenig Kampfgeist in Euch noch aufgespeichert hättet, so würdet Ihr nicht denken, laßt die anderen für uns kämpfen. Wer nicht zur Versammlung kommt, beweist, daß er so denkt! Es war wirklich schmerzlich, dem Referat des Genossen Sachse (Bitterfeld) zuzuhören. Da viele nicht zur Versammlung gekommen sind, müssen wir uns sehr der Mühe unterziehen, in kurzen Worten das zu sagen, was der Referent gesagt hat. Viel lieber wäre es uns gewesen, wenn die Arbeiter in Massen anwesend gewesen wären und die Ausführungen in sich aufgenommen hätten. Genosse Sachse führte in seinem Thema „Die kommenden Lohn- und Wirtschaftskämpfe" u. a. folgendes aus: Wenn wir die Lohnkämpfe verstehen wollen, müssen wir untersuchen, welche Ursachen diesen Kämpfen zugrunde liegen. Als der Weltkrieg zu Ende ging, glaubten die Proletarier, daß sie vom „Vaterland" wieder volle Arbeit erhalten, daß sie soviel verdienen könnten, daß sie ihre Familien ernähren könnten. Die Enttäuschung kam bald. Der Zusammenbruch kam immer näher, überall stockte der Produktionsprozeß. Einen Wiederaufbau kann es unter diesen Umständen nicht geben. Die Menschewiki hoffen zwar, daß die Weltkrise bald überwunden werde. Sie irren. Sie verkennen die Tatsache, daß diese Krise nicht auf Ueberproduktion sondern auf Unterproduktion zurückzuführen ist. Wenn bei früheren Krisen, welche infolge Ueberproduktion entstanden, ein Preissturz eintrat, ist bei der jetzigen Krise ein solcher nicht zu verzeichnen, sondern ein dauerndes Steigen der Preise bis ins Unendliche. Jahrelang dauert bereits diese Krise, und dennoch kommt der Preissturz nicht. Die Löhne sind zwar geringer geworden, dafür die Preise höher. Diese Krise wird den Untergang der kapitalistischen Klasse bewirken, oder aber die Arbeiterschaft kommt dabei selbst unter den Schlitten. Deshalb müßt Ihr kämpfen, bis der Sieg an die roten Fahnen geheftet ist. Die Bourgeoisie ist wohl gerüstet. In voller Einmütigkeit mit den Kapitalisten aller Länder geht die Bourgeoisie dazu über, überall den Lohn abzubauen. Vielfach sind am 1. August Kündigungen der Tarifverträge erfolgt. Wenn auch in einzelnen Lohnkämpfen Erfolge erzielt sind, so sind dies nur schimbare Erfolge. Ein klassisches Beispiel bietet Golpa. Hier haben die Arbeiter eine Lohnzulage von 7,20 Mk. für die Schicht erhalten. Die Golpaer Werke haben dafür den Kohlenpreis um 21 Mk. pro Zentner erhöht. Kann ein Arbeiter in Golpa durchschnittlich 8,5 Zonnen fördert, bedeutet das für den Unternehmer einen Mehrwert von 108 Mk. pro Schicht und Arbeiter, während der Arbeiter demgegenüber mit einem Mehr von 7,20 Mk. pro Schicht abgespeist wird. Es ist bitter nötig, daß endlich das gesamte Proletariat in geschlossener Einheitsfront auf den Plan tritt. Wir haben in allen Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaftsführer den Kampf organisieren und durchführen. — In der Diskussion sprach zunächst Genosse Todsen. Die Arbeiterschaft müsse dahin streben, eine Geschlossenheit zu bilden; die Richtlinien, welche in dem Referat enthalten sind, müssen verbreitet werden. Mit dem Mitgliedstuch in der Tasche trempelt man keine Gewerkschaften zu Kampforganisationen um. In der Fabrik müsse dahingearbeitet werden, die Geschlossenheit der Kampffront herzustellen. Genosse Hilgenhof wirf die Frage auf, wie es möglich sei, den Gewerkschaftsführern beizukommen. Diese Frage war berechtigt, denn abgleich die letzteren zur Versammlung eingeladen waren, sind sie nicht erschienen. Genosse Sachse machte in seinem Schlußwort den Vorschlag, von den Gewerkschaftsführern bei Gehaltserhöhungen Rechenschaft zu fordern. In den kommenden Kämpfen wird nicht gefragt werden, ob die Gewerkschaftsbureaukratie kämpfen will, sondern letzten Endes wird der Hunger der Massen entscheidend sein. — Genossen, es ist Eure eigene Schuld, wenn die Gewerkschaftsbureaukratie versagt. Durch Eure Gleichgültigkeit stärkt Ihr den Bonzen noch den Nacken. Das muß anders werden! Auf zum Kampf!

— Rußlandhilfe. Bei dem Vergnügen des Arbeiter-Sportvereins wurden 138 Mk. und bei dem des Arbeiter-Radfahrervereins 104 Mk. für die hungernden Genossen Sowjet-Rußlands gesammelt.

Eilenburg. Dividendensegen. Die Generalversammlung der Eilenburger Kattunmanufaktur A.-G. setzte die Dividende auf 30 Prozent (i. V. 10 Prozent und 10 Prozent Bonus) fest. Den Vorschlägen der Verwaltung, über die wir vor kurzem berichtet haben, ist also zugestimmt worden. So ist das Wesen des Kapitalismus: für die Aktionäre, für die Nichtstuer, erhöhte Einnahmen, für die Arbeiter, die sich im Schweiße ihres Angesichts für die Ausbeuter abrackern müssen, allenfalls einige Tischabfälle in Gestalt von Wohlfahrtseinrichtungen, im übrigen aber Lohnrezuzierungen. Kann es etwas Aufreizenderes geben?

Aschersleben. Eine Schuhfabrik abgebrannt. Der nördliche Teil der Schuhfabrik Charles & Sohn ist in der Nacht zum Sonnabend zum Teil niedergebrannt. Unversicherte Maschinen sind zum großen Teil dem Brande zum Opfer gefallen, darunter ein neuer Motor im Werte von 300 000 Mk. Der Gesamtschaden ist noch nicht abzusehen.

Magdeburg. Brand einer Brauerei. Die Aktienbrauerei Neustadt wurde in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend von großem Feuer heimgesucht, das einen Teil des Betriebes in Asche legte. Der Schaden dürfte sich schätzungsweise auf eine Million Mark beziffern.

Mansfelder Kreise.

Der Mansfelder Landarbeiterstreik

hat bekanntlich nicht den Beifall der rechtssozialistischen Hallischen „Volksstimme" gefunden. Fast täglich macht sie darüber ihrem unsauberen Herzen Luft: ihre Jauchekübel, die sie über die Streikenden ergießt, verbreiten einen entsetzlichen Gestank, so daß sich jeder anständige Mensch die Nase zuhalten muß. Aus diesen Gründen läßt man sich nicht gerne mit diesem „Arbeiterblatt" ein, weil man sonst stets in den Schmutz steigen muß. Neuerdings meldet das Preßpreifl, daß der Streik sein Ende gefunden habe; es muß aber immerhin zugeben, daß noch gestreikt wird in Walbeck, Ilsenrode und Willerode. Demgegenüber wollen wir heute schon sagen: Wenn der Streik nicht siegreich enden sollte, dann ist lediglich die „sozialdemokratische" Gewerkschaftsbureaukratie schuld. Beweis: die „Volksstimme" selbst. Sie schreibt: „Die Arbeitsgemeinschaft des Kreises (in der Arbeiter und Unternehmer zu gleichen Teilen sitzen) hat es einstimmig strikte abgelehnt, die Organisation dieses antifreigewerkschaftlichen Freien Landarbeiterverbandes als vertragsberechtigt anzuerkennen." Hieraus geht hervor, daß die gewerkschaftlichen Vertreter des Deutschen Landarbeiterverbandes gemeinsam mit den Agrariern gegen die im Freien Landarbeiterverband organisierten Arbeiter kämpfen. Und das nennen sich Klassenkämpfer. Zum andern muß beachtet werden, daß die Technische Nothilfe in stattlicher Anzahl eingesetzt worden ist, um den Streik zu sabotieren. Die rechtssozialistische „Volksstimme" hat natürlich nichts daran auszusetzen, denn erstens ist die Technische Nothilfe eine Schöpfung Noskes, und zweitens ist sie die Dritte im Bunde im Kampfe gegen die Freien Landarbeiter, Agrarier, Rechtssozialisten und Nothilfe! Wahrlich ein feines Kleeblatt! Den im Deutschen Landarbeiterverband organisierten Landarbeitern gehen immer mehr die Augen auf, wie Zuschriften an uns beweisen. Sie fangen an zu rebellieren! Das ist gut so, aber sie dürfen sich nicht etwa dazu verleiten lassen, aus der Organisation auszutreten, sondern sie müssen, wie wir das schon so oft betont haben, innerhalb derselben dafür sorgen, daß Remedur geschaffen werd. Es darf nicht mehr vorkommen, daß wie in diesem Falle eine Arbeiterorganisation gegen die andere ausgespielt wird. Den Arbeitern geht es doch wahrlich nicht so gut, daß sie sich einen solchen Luxus leisten könnten. Wird künftig nach dieser Richtung gearbeitet, dann hat der Mansfeldische Landarbeiterstreik sein Teil zur Klärung beigetragen.

Mansfeld. Die Stadtverordnetenversammlung, die am Donnerstag zum ersten Male nach den Neuwahlen tagte, hatte sich mit einem Protest gegen die Stadtverordnetenwahl zu beschäftigen. Nach einer längeren Aussprache beschloß die Versammlung, sich als rechtmäßig gewählt zu betrachten. Zum Vorsteher wurde Schuhwarenhändler Rauchfuß, zu seinem Stellvertreter Landwirt Feist gewählt. Bei der Wahl eines Magistratsmitgliedes wurde Stadtverordneter Jacobs gewählt.

Unterriedorf. Arbeiter, informiert Euch! Am Dienstag, dem 27. September, findet im Lokal „Zu den Jahreszeiten" eine öffentliche Versammlung statt. Es gibt dort dieles zu hören über die gespannte politische und wirtschaftliche Lage. Wir ersuchen unsere Genossen rege Propaganda für diese Versammlung zu machen, damit ein volles Haus zustande kommt.

Postbezieher vom „Klassenkampf"

wollen in diesen Tagen die Bestellung bei der Post aufgeben, damit eine pünktliche Zustellung gewährleistet ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210926-19/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Drei Menschen.

87. Roman von Maxim Gorki.

Tatjana Wlassjewna machte sich im Nebenzimmer am Tisch zu schaffen, wo sie Flaschen zurechtstellte. Ihre rotseidene Bluse zeichnete sich wie ein greller Fleck auf den hellen Tapeten der Wände ab, das zierliche, in ein enges Korsett gezwängte Frauchen gaukelte wie ein Schmetterling durchs Zimmer, und auf dem kleinen Geschöpfchen strahlte der Stolz der Hausfrau, die alles in schönster Ordnung weiß. Zwischenhinein bemerkte Ilja, daß sie mit raschen, kaum merklichen Zeichen ihn zu sich rief, aber er ging nicht und fand ein Vergnügen darin, zu wissen, daß sie das beunruhige.

„Was ist denn das mit dir, Bruder? Du sitzt ja wie eine Eule da!" wandte sich plötzlich Kirik an ihn. „So sprich doch ... genier' dich gar nicht ... Hier sind gebildete Leute, die werden dir's nicht übelnehmen, wenn du mal danebenhaust ..."

„Heut' stand ein Mädchen vor Gericht," begann Ilja plötzlich mit lauter Stimme, „eine Bekannte von mir ... sie ist eine Dirne, wissen Sie, aber ein treffliches Mädchen ..."

Wiederum zog er die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, wiederum starrten alle Gäste ihn an. Ein breites, ironisches Lächeln entblößte die großen Zähne Felizata Jegorownas, der Telegraphist begann an seinem Schnurrbart zu drehen und fuchte dabei den Mund zu verdecken, und fast alle gaben sich den Anschein, als ob sie ernst und aufmerksam zuhörten. Plötzlich ließ Tatjana Wlassjewna einen Kasten mit Messern und Gabeln fallen, und das laute Geräusch, das sie verursachten, klang im Herzen Iljas als wilde Schlachtmusik wieder ... Er ließ seine weitgeöffneten Augen ruhig über die Gesichter der Gäste schweifen und fuhr dann fort:

„Was lächeln Sie denn? Es gibt wirklich ganz vortreffliche Mädchen unter ihnen ..."

„Das mag schon sein," unterbrach ihn Kirik, „aber du brauchst das hier nicht gerade ... nicht gar zu offen ..."

„Sie sind ja gebildete Leute," meinte Ilja, „werden's nicht weiter übelnehmen, wenn ich mal danebenhaue ..."

Eine ganze Garbe von grellen Funken sprühte gleichsam in ihm auf. Ein schneidendes Lächeln erschien auf seinem Gesicht, und sein Herz war beklommen von dem lebhaften Andrang der Worte, die sich plötzlich über seine Lippen drängten.

„Das Mädchen hatte einem Kaufmann Geld gestohlen ..."

„Scheint wirklich ein treffliches Mädchen," meinte Kirik und schnitt eine komische Grimasse.

„Sie können sich wohl vorstellen, bei welcher Gelegenheit sie ihm das Geld gestohlen hat ... Aber vielleicht hatte sie es gar nicht gestohlen — vielleicht hatte er ihr's geschenkt ..."

„Tanitschka!" rief Kirik — „komm doch mal her! Ilja erzählt hier so merkwürdige Anekdoten ..."

Aber Tatjana Wlassjewna stand bereits neben Ilja und sprach achselzuckend, mit gezwungenem Lächeln:

„Was ist denn das Großes? Eine ganz alltägliche Geschichte ... Du, Kirik, kennst solche Geschichten zu Hunderten ... junge Mädchen sind doch nicht da. Aber lassen wir das für später, Herrschaften — jetzt wollen wir einen kleinen Imbiß nehmen ..."

„Ich bitte recht sehr!" rief Kirik. „Auch ich will noch mal anbeißen, he he! Der Witz ist zwar nicht weit her, aber na ..."

„Nur nichts, er regt den Appetit an," sagte Trawkin und streichelte sich die Kehle.

„Alle wandten sich von Ilja ab. Er begriff, daß die Gäste ihn nicht anhören mochten, da die Gastgeber es nicht wünschten, und das spornte ihn nur noch mehr an! Er erhob sich vom Stuhl und sprach, zu allen gewandt:

„Und über dieses Mädchen saßen Leute zu Gericht, die vielleicht selbst mehr als einmal sie gebraucht hatten ... Einige davon kenn' ich — und wenn ich sage, es sind Spitzbuben, so ist das noch viel zu mild ..."

„Erlauben Sie!" sagte Grylsow streng, indem er seinen Finger erhob — „so dürfen Sie nicht reden! Das sind — Geschworene ... und ich selbst ..."

„Ganz recht, Geschworene!" rief Ilja aus. „Aber können diese Leute gerecht urteilen, wenn ..."

„Erlauben Sie! Das Geschworenengericht ist eine der großen Reformen, die vom Kaiser Alexander dem Zweiten eingeführt worden sind. Wie können Sie über eine staatliche Einrichtung solche Schmähungen aussprechen?"

Er kräuselte seine Worte Ilja ins Gesicht, und seine glattrasierten, fetten Backen zitterten dabei, während seine Augen von rechts nach links und wieder zurück rollten. Alle umringten sie, in dem angenehmen Gefühl eines bevorstehenden Skandals. Felizata Jegorowna sah die Gastgeberin mit herablassender Nachsicht an, und diese zuckte, ganz blaß und aufgeregt, die Gäste an den Aermeln und rief hastig:

„Ach, Herrschaften, lassen wir doch das! Es ist so uninteressant! — Kirik, so bitt' doch die Damen und Herren ..."

Kirik suchte zerstreut bald dahin, bald dorthin und rief:

„Ich bitte recht sehr! ... Gott mit Ihnen — mit diesen Reformen und Reformen, und mit aller Philosophie ..."

„Das ist keine Philosophie, sondern Politik!" krächzte Trawkin, „und Leute, die solche Meinungen äußern, wie der Herr da, nennt man politisch! — — unzuverlässig!"

Ilja war wie von einem heißen Strudel erfaßt. Es machte ihm Vergnügen, diesen dicken, glattrasierten Menschen mit den nassen Lippen gegenüberzustehen und zu sehen, wie er sich ärgerte. Das Bewußtsein, daß die Anwesenden sich ihren Gästen gegenüber in Verlegenheit befanden, bereitete ihm ein diabolisches Vergnügen. Er ward immer ruhiger, und der innere Drang, mit diesen Leuten abzurechnen, ihnen dreiste Worte zu sagen, sie bis zur Raserei zu ärgern, richtete sich gleichsam in ihm wie eine stählerne Sprungfeder auf und hob ihn zu einer Höhe empor, in der ihm zugleich wohlig und schaurig zumute war. Immer stiller ward es in ihm, und immer sicherer tönte seine Stimme.

„Nennen Sie mich, wie Sie wollen," sagte er zu Trawkin — „Sie sind ja ein gebildeter Mann. Ich aber bleib' bei meiner Meinung, und ich sage: kann der Satte den Hungrigen verstehen? ... Mag der Hungrige ein Dieb sein — aber der Satte ist erst recht ein Dieb!"

„Kirik Nikodimowitsch!" schrie Trawkin wütend — „was ist das? Ich ... das darf ich nicht ..."

In diesem Augenblick jedoch schob Tatjana Wlassjewna ihren Arm unter den seinigen, zog den Erregten mit sich fort und sagte laut zu ihm:

„Nimmen Sie, Ihre geliebten Brötchen sind da — mit kleinen Heringen und harten Eiern und grüner Zwiebel, in Sahnenbutter gerieben ..."

„Ha! Das darf ich ... nicht so hingehen lassen!" rief Trawkin tief empört und schmatzte mit den Lippen. Seine Gattin warf Ilja einen vernichtenden Blick zu, nahm den andern Arm ihres Gemahls und sprach zu ihm:

„Reg' dich nicht auf, Anton, wegen solcher Albernheiten ..."

Und Tatjana Wlassjewna fuhr fort, den teuren Gatt zu beruhigen:

„Marinierter Sterlet mit Paradiesäpfeln ..."

„Das war nicht schön von Ihnen, junger Mann," sprach plötzlich Trawkin, zugleich vorwurfsvoll und großmütig, indem er sich mit den Füßen gegen den Boden stemmte und Ilja den Kopf zuwandte — „das war nicht schön! Man muß die Dinge richtig zu schätzen wissen ... man muß sie begreifen, ja!"

„Ich begreif' sie aber nicht," rief Ilja. „Darum red' ich eben ... Wie kommt es, daß Petruschka Filimonow der Herr des Lebens ist?"

Die Gäste gingen an Luneew vorüber, ohne ihn anzusehen, und vermieden es sorgfältig, seinen Paletot zu streifen. Kirik aber trat dicht an ihn heran und sagte in grobem, beleidigendem Tone:

„Hol' dich der Teufel, Zölpel du — weiter bist du nichts!"

Ilja fuhr auf — es ward ihm dunkel vor den Augen, als ob er einen Schlag vor den Schädel erhalten hätte, und indem er die Fäuste ballte, trat er drohend auf Awtonomow zu. Aber Kirik hatte sich rasch von ihm abgewandt, ohne seine Bewegungen zu bemerken, und war an den Imbißtisch herangetreten. Ilja ächzte tief auf ...

Er stand in der Tür, sah die Rücken der Leute, die um den Tisch herumstanden, und hörte sie schmatzen. Ihre Kiefer bewegten sich. Die grelle Bluse der Gastgeberin überzog gleichsam alles rings um Ilja mit einer roten, düstern Färbung, die sich wie ein Nebel vor seine Augen legte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Wahrheit.

Ich suchte sie und konnte sie nicht finden,
Die Lüge hat sie überall verdrängt,
Sie hat den Weg ihr schnöde eingeengt.
Daß sie nicht sehend mache rings die Blinden.

Das Volk trägt noch die dichten, schwarzen Binden.
Die alter Wahn vor's Auge ihm gehängt,
So schleicht es hin, das Haupt gar tief gesenkt,
Unfähig so, den Weg zum Ziel zu finden.

Soll denn die Lüge ewig triumphieren,
Soll denn der Wahnwitz unbesiegbar sein? ...
Zum Teufel auch! — Laßt uns den Kampf riskieren.

Kommt tretet alle in die Reihen ein!
Die Wahrheit wird das Volk zum Siege führen,
Die Wahrheit wird dem Volk Befreier sein!

Gustav Kränkel.

Aber die Frauen?

Aus dem bürgerlich-pazifistischen Roman: „Der einzige Weg".

Von Paul Reboux.

Frau Varabère, ernst und bleich in ihren schwarzen Schleiern, sprach mit Betonung:

„Ich bleibe dabei, daß die Frauen sich ganz anders hätten verhalten müssen und dadurch viel mehr genützt hätten."

„Wie das?"

Sie sagte langsam mit einer Stimme, die den Schmerz um ihren Doppelverlust widerspiegelte:

„Indem sie gegen den Krieg Einspruch erhoben hätten."

Alle riefen durcheinander:

„Wie hätten wir denn das tun können?"

„Kein Mensch hat uns gefragt."

„Man hätte uns einfach verhaftet! — Und wer hätte sich dann um das Haus und die Kinder gekümmert?"

„Wir konnten nichts tun, als das Unglück über uns ergehen lassen und es nach Kräften mildern."

Frau Varabère erwiderte fest:

„Wir hätten versuchen müssen, es zu verhindern."

Réal schüttelte den Kopf:

„Alles schön und gut, aber man hätte nicht auf euch gehört."

„Man hat auch auf die Suffragetten gehört", versetzte sie.

Ein allgemeines Lächeln war die Antwort.

Sie beharrte bei ihrer Meinung:

„Gewiß doch! Wir müssen unsere Machtlosigkeit nicht übertreiben und dürfen uns nicht herabsetzen. Die Suffragetten wollten das Wahlrecht, und sie haben es schließlich erhalten, obgleich man sie anfangs ausgelacht hat. Ich habe oft an ihr Beispiel gedacht. Ich habe mich gefragt, ob das Leben unserer Männer und unserer Kinder nicht doch noch etwas wertvoller war als ein staatsbürgerliches Recht .... Und was haben wir getan? Nichts. Ich finde, daß die Frauen der kriegführenden Länder, in dem Zwang, sich mutig zu geben, feige waren. Ja, feige! Weil sie es sich gefallen ließen, daß man alles, was sie liebten, in den Tod trieb."

Réal warf ein:

„Aber, bestes Julchen, wir wurden angegriffen und mußten uns verteidigen."

„Wir wurden angegriffen, natürlich ... Aber vom Dezember an, als der Abnutzungskrieg mit den scheußlichen Offensiven begann, als so viele junge Menschen ihr Leben für nichts lassen mußten, hätten wir Frauen nicht in allen Ländern, nicht bloß bei uns, den Blutdurst bekämpfen müssen, statt ihn zu ermutigen? Und doch hat keine von uns auch nur einen Finger gerührt, um diesen Schlächtereien ein Ziel zu setzen. Im Gegenteil! Wie bitzig verfolgten wir die Militärflüchtigen! Keiner sollte verschont werden! Und jetzt schäme ich mich meiner Haltung; ich mache mir Vorwürfe, weil ich untätig und heuchlerisch war."

Alle widersprachen. Sie fuhr langsam fort, ohne auch nur die Stimme zu heben:

„Zweifellos, heuchlerisch .... Warum wollte ich meine Natur verleugnen? Ich habe immer Grauen vor Gewalttätigkeiten empfunden .. Warum habe ich den Soldaten wild zugejubelt? Ach Gott! Warum haben nicht alle Frauen ihr Gewissen geprüft, solange es noch Zeit war? Wir haben doch solchen Einfluß auf die Männer. Wir hätten sie bestimmen können, zu leben, anstatt daß wir sie in den Tod gehetzt haben. Der Krieg hätte dann höchstens ein paar Monate gedauert .... Und ich hätte noch meinen Mann und mein Peterchen ...."

Sie hatte diese Worte fast geflüstert, ihre hellen Augen füllten sich mit Tränen. Réal ergriff ihre Hand:

„Liebste Julie, was willst Du? Wie hätten sich einzig die Frauen in dem allgemeinen Weltwahnsinn ihre Vernunft bewahren sollen?"

Sie erhob sich, um fortzugehen und wandte sich zu Frau Réal:

„Verzeih mir, Melanie, daß ich mich derart habe gehen lassen."

„Aber, Liebe, dein Schmerz entschuldigt doch alles!"

Sie nahm rasch Abschied von den Besucherinnen und verließ den Salon. Réal begleitete sie.

Nachdenklich kehrte sie in sein Arbeitszimmer zurück.

Im ersten Augenblick hatten Julians Ansichten etwas Verletzendes. Nur der schmerzbebende Ton, die grausame Bitterkeit des Erlebnisses konnten sie erträglich machen. Aber war nicht vieles zutreffend?

Die großen Weltereignisse sind von der Liebe abhängig. Die Frauen leiten die meisten Männer nach ihrem Gutdünken. Um verführen zu können, will man angesehen sein. Um Luxus spenden zu können, will man reich sein. Man erbeitet, man strengt sich an, man spinnt Ränke, man stiehlt, um zu erobern, um Gunst zu erlangen.

Wer weiß? Statt die Kämpfer mit roten und schwarzen oder mit blauweißroten Schleifen zu schmücken, statt sie mit Bändern zu bestecken, wie das Vieh, das zur Schlachtbank geführt wird, hätten die Frauen sie als Feiglinge ansehen sollen, die es nicht wagten, sich gegen die Verbrecher aufzulehnen, die sie gegeneinander hetzten; hätte man so nicht gar manches Regiment zum Kochern gebracht? Mit dem Tod spielen und bei der Rückkehr ein Gesicht finden, das sich abkehrt, eine Hand, die einen zurückstößt, das wäre zu arg gewesen ... Niemand ist in diesem Punkte gleichgültig. Man hätte doch wenigstens nachgedacht ...

Was haben die Frauen in Wirklichkeit getan? Sie ließen sich vom Duft des erhitzten Lederzeugs kitzeln, von Uniformen und Orden berauschen. Die Weibchen gingen den Schauspielereien der Männchen auf den Leim. Man durfte in Frankreich nur im verschwiegensten Winkel weinen. Viele Frauen und nicht die schlechtesten, gaben sich Urlaubern, Verbündeten hin ...

Und trotz alledem; wenn alle Frauen erklärt hätten:

„Mit einem Totschläger will ich nichts zu tun haben!" hätte der Krieg nicht so lange gedauert.

Und wenn die Frauen, die doch in den Zentralstaaten, in Nordamerika, in England, Italien, Skandinavien Wählerinnen geworden sind, ihren politischen Einfluß ausnützten, indem sie erklärten: „Künftig keine Kriege mehr!" gäben sie nicht der Welt ein herrliches Beispiel von Voraussicht und Würde? Die Männer, die Kämpfer, wagen es nicht, aus Furcht, feige zu erscheinen. Aber die Frauen?

Ein Vorschlag.

Von Jonathan Swift.

Mir ist von einem sehr unterrichteten Amerikaner meiner Bekanntschaft in London versichert worden, daß ein junges, gesundes, gut genährtes, einjähriges Kind eine sehr wohlschmeckende, nahrhafte und bekömmliche Speise ist, einerlei, ob man es dämpft, brät, backt oder kocht, und ich zweifle nicht, daß es auch in einem Fricassee oder einem Ragout in gleicher Weise seinen Dienst tun wird.

Ich unterbreite also der öffentlichen Erwägung demütigst den Vorschlag, daß von den hundertundzwanzigtausend bereits berechneten Kindern zwanzigtausend für die Flucht zurückbehalten werden; von ihnen soll nur ein Viertel aus Knaben bestehen, was immerhin schon mehr ist als wir bei Schafen, Hornvieh oder Schweinen erlauben; mein Grund ist der, daß diese Kinder selten die Frucht der Ehe sind, auf die unsere Wilden nicht viel Gewicht legen; und deshalb wird ein Knabe für vier Mädchen genügen. Die übrigen hundertausend mögen nach ihrem sechsten Lebensjahre im ganzen Königreich vornehmen und reichen Leuten zum Kauf angeboten werden; dabei mag man der Mutter raten, die Kinder im letzten Monat reichlich zu säugen, damit sie für eine gute Tafel prall und fett werden. Ein Kind wird bei einer Freundesgesellschaft zwei Schüsseln ergeben, und wenn die Familie allein speist, so wird das Vorder- oder Hinterviertel ganz ausreichen; mit ein wenig Pfeffer oder Salz gewürzt, wird es gekocht noch am vierten Tage ganz ausgezeichnet schmecken, besonders im Winter.

Ich habe im Durchschnitt berechnet, daß ein neugeborenes Kind zwölf Pfund wiegt; bei erträglicher Ernährung wird es in einem Sonnenjahr auf 28 Pfund steigen.

Ich gebe zu, daß diese Kinder als Nahrungsmittel etwas teuer kommen werden; aber eben deshalb werden sie sich sehr für den Großgrundbesitzer eignen, da die Gutsherren bereits die meisten Eltern gefressen haben, so haben sie offenbar auch den nächsten Anspruch auf die Kinder.

Es wird im ganzen Jahr Kinderfleisch geben, am reichlichsten aber im März oder kurz vorher oder nachher, denn ein ernster Autor, ein hervorragender französischer Arzt, versicherte uns, daß in römisch-katholischen Ländern, da Fische eine zeugungskräftige Nahrung sind, neun Monate nach dem Fasten mehr Kinder geboren werden als zu irgendeiner anderen Jahreszeit; deshalb werden ein Jahr nach den Fasten die Märkte noch mehr überfüllt sein als gewöhnlich, denn die Zahl der papistischen Kinder beträgt in diesem Königreich mindestens das Dreifache der anderen. So wird mein Vorschlag noch einen Nebenvorteil mit sich bringen, indem er die Zahl der papistischen Kinder verringert.

Ich habe die Eingeweide eines Bettlerkindes (unter deren Zahl ich alle Kätner und Landarbeiter und vier Fünftel der Pächter begreife) einschließlich ihrer Lumpen bereits auf etwa zwei Schilling im Jahr berechnet, und ich glaube, es würde keinem Edelmann leid tun, wenn er für den Leichnam eines guten, fetten Kindes zehn Schillinge gebe, denn, wie ich bereits gesagt habe, wird er vier Schüsseln einer ausgezeichneten nahrhaften Speise ergeben, wenn er nur einen engeren Freund oder die eigene Familie zu Tisch hat. So wird der Gutsherr lernen, ein guter Landwirt zu werden; er wird beklebt sein unter seinen Pächtern, die Mutter wird acht Schilling Kinderdienst haben und arbeitsflüchtig bleiben, bis sie ein neues Kind gebiert.

Wer wirtschaftlicher ist (und ich muß gestehen, die Zeiten drängen dazu), kann den Leichnam häuten; die Haut wird, kunstvoll gegerbt, wundervolle Damenhandschuhe und Sommerstiefel für elegante Herren ergeben.

(„Irland". I. Band.)

Proletarische Bühne.

„Wie lange noch?"

Die proletarische Bühne des Arbeiter-Bildungsvereins Kröllwitz vollbrachte am Freitagabend mit der Aufführung von Franz Jungs Schauspiel „Wie lange noch?" ihre erste Tat im Sinne des erstrebten Zieles. Mochte auch mancher, der da weiß, daß proletarische Kunst nicht „gemacht" werden kann, sondern nach immer lebendigen Entwicklungsgesetzen aus dem proletarischen Leben heraus entstehen muß, durch die Ankündigung „Zentrale für proletarische Kunst und Kultur" etwas stutzig geworden sein — bei dieser Aufführung wurde er überzeugt, daß der vom Arbeiter-Bildungsverein Kröllwitz eingeschlagene Weg voran führt. Die Genossen, die bei Inszenierung, Spiel und Dekorierung mitwirkten, haben durch das Werk ihren Ausweis darüber abgegeben, daß sie fähig sind, im proletarisch-künstlerischen Sinne zu schaffen. Gerade eine so einfache Bühne, wie die des kleinen Theatersaales im „Volkspark", ist, wie keine noch so modern eingerichtete, in hervorragendem Maße geeignet, die schöpferischen Kräfte des proletarischen Darstellers zur höchsten Auswirkung gelangen zu lassen. Eine primitive Bühne ohne Maschinerie (außer der sehr einfachen des Vorhanges), ja ohne Kulissen, nur mit ein paar aus der proletarischen Seele heraus geschaffenen Dekorationen, stellt (glücklicherweise!) eben auch keine technischen Bedingungen, die des Proletariers Empfinden und Gewohnheiten fremd oder zu kompliziert sind. Es gibt nichts Ueberkommenes wegzuräumen, zu revolutionieren oder zu reformieren; die Bahn für den Aufbau ist frei und es gilt, allein die neue Saat auszustreuen. Ueberraschend war das lebendige und flotte Zusammenspiel im Geiste des Stückes. Denn gewöhnlich ist es bei Nichtberufskünstlern so: jeder Einzelne für sich spielt gut, alle zusammen aber spielen schlecht. Selbstverständlich kann hier nur die Leistung als Ganzes und Wesentliches gewürdigt werden. Vereinzelte szenische und darstellerische Mängel und die Stellen zu zeigen, an denen eine weitere Rundung des Bildes möglich ist, kann nicht Aufgabe dieser Kritik sein.

Wie groß das Bedürfnis nach einer proletarischen Bühne ist, bewies auch der geradezu ungeheure Andrang. Obwohl das Spiel erst um 8 Uhr beginnen sollte, war der Saal vor 7 Uhr schon fast gefüllt; 1/8 Uhr mußten Hunderte wieder umkehren. Trotz der Enge und Schwüle im Saale folgten die meisten Hörer dem Spiele in atemloser Spannung. Leider bewies eine Minderheit durch Unaufmerksamkeit und gewollte Störung das Fehlen der notwendigen inneren Reife und des Bewußtseins, daß auch sie beim bloßen Hören Mitschaffende sind. Daß das Rauchen vor der Aufführung und erst recht während derselben unbedingt zu unterlassen ist, versteht sich von selbst. Den darstellenden Genossen wird das Spiel in der Luft, die am Freitag im Saale herrschte, ungeheuerlich erschwert. Aber auch diese Unausgeglichenheiten werden sich glätten. Spieler und Zuschauer werden, wie es im wahrhaften Theater sein soll, zusammenwachsen zum lebendigen, einheitlich wirkenden Organismus. Dann wird es auch nicht mehr auffallen, wenn während der Rede eines Paul aus dem Zuschauerraum Zwischenrufe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210926-19/fragment/page=0008